

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

E+Z

D+C

MONATLICHES E-PAPER

2021 11

JUGENDLICHE
Internet-Pornos
bieten keine gute
Sexualaufklärung

CORONA
In der Pandemie brauchen
Kinderrechte Schutz – in
Assam etwa

POLITISCHE STABILITÄT
Weshalb erfolgreiche
Sozialpolitik staatliche
Strukturen stärkt



Unverzichtbare Ökosysteme

Editorial

JÖRG DÖBEREINER

Schützen, was uns leben lässt

Magazin

INTERVIEW MIT PAYAL ARORA

Wie Teenager in Entwicklungsländern das Internet nutzen

AENNE FRANKENBERGER

Covid-19 führt zu Rückschlägen im Kampf gegen Aids und Malaria

BIMBOLA OYESOLA

Der rasante Aufstieg des afrikanischen Internet-Giganten Jumia

ENAKSHI DUTTA, FRANZISKA MÜLLER, CYNTHIA DITTMAR

Projekte in Assam helfen Kindern, während der Pandemie zu lernen

SABINE BALK

Kontroverse über Umgang mit Raubkunst aus der Kolonialzeit

JEFFREY MOYO

Nowadays in Simbabwe: Altersarmut

IMPRESSUM

Debatte

RAPHAEL MWENINGUWE

In Malawi agiert die Justiz mit einem neuen Selbstbewusstsein

HENNING MELBER

Wie Sozialpolitik staatliche Strukturen stabilisieren kann 16

3 JÖRG DÖBEREINER

Auf der Klimakonferenz von Glasgow müssen reiche Staaten liefern 17

HANS DEMBOWSKI

Kristalina Georgieva bleibt Chefin des IWF 18

4

Schwerpunkt: Unverzichtbare Ökosysteme

6 SUNDUS SALEEMI

Ernährungssicherheit hängt von Biodiversität ab 21

7

RABSON KONDOWE

Warum traditionelle Nutzpflanzen wertvoll sind – in Malawi zum Beispiel 23

9

SUSANNE NEUBERT

Trilemma der Landnutzung: Weder Landwirtschaft noch Biovielfalt noch Klimaschutz dürfen zu kurz kommen 25

11

WANJOHI KABUKURU

Wie „Blue Economy“ dabei hilft, Meere nachhaltig zu bewirtschaften 28

13

13 ANUP DUTTA

Indische Pläne für eine Megastadt auf den Andamanen bedrohen das dortige Ökosystem – und das kleine indigene Volk der Onga 30

13

FRIEDERIKE BAUER

Ein neuer Fonds der KfW soll Schutzgebiete langfristig finanzieren 32

15

SCHWERPUNKT

Unverzichtbare Ökosysteme

Unsere Existenz hängt von Ökosystemen ab. Sie machen Böden fruchtbar, reinigen Wasser und regulieren das Klima. Wenn wir die Natur weiterhin in so rasanter Geschwindigkeit ausbeuten wie bisher, zerstören wir Stück für Stück unsere eigene Lebensgrundlage. Stattdessen sollten wir sie nachhaltig nutzen und wirkungsvoll schützen. Dafür braucht es ein Umdenken in unserem Umgang mit Land, Meer und allem, was da kriecht und fliecht.

Titelseite: Insekten sorgen für Bestäubung.
Foto: picture-alliance/Alexander Schuhmann





Unser Schwerpunkt zum Thema Ökosysteme und Biodiversität beginnt auf Seite 20. Er hat direkte Bezüge zu drei UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs): kein Hunger (SDG2), Leben unter Wasser (SDG14) und Leben an Land (SDG15). Er hat auch Bezüge zu weiteren SDGs.

Schützen, was uns leben lässt

Die Biodiversitätskrise bekommt derzeit deutlich weniger Aufmerksamkeit als die Klimakrise. Dabei ist sie nicht weniger wichtig: Der Global Risks Report des Weltwirtschaftsforums führt den Verlust an Biodiversität unter den Top-fünf-Risiken weltweit.

Tatsächlich zerstören wir die Natur mit unfassbarer Geschwindigkeit. Laut Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services – IPBES) ist die weltweite Aussterberate für Arten zehn- bis hundertmal höher als im Durchschnitt der vergangenen zehn Millionen Jahre. Von geschätzten acht Millionen Arten auf der Erde gilt etwa eine Million als gefährdet.

Biodiversität meint weit mehr als nur Artenvielfalt. Sie bezeichnet zum Beispiel auch die Vielfalt von Ökosystemen. Diese leisten uns überlebenswichtige Dienste, etwa die Bestäubung von Nutzpflanzen oder die Reinigung von Gewässern. Unsere Ernährungssicherheit hängt maßgeblich von ihnen ab, aber auch unser Klima, beispielsweise binden Wälder und Moore Kohlendioxid.

Um die Zerstörung von Ökosystemen aufzuhalten, müssen wir viel mehr tun als bisher. Es ist höchste Zeit, die Art, wie wir Land und Meere nutzen, grundlegend zu ändern. Wir müssen unsere Umweltverschmutzung in den Griff bekommen und dafür den Eintrag von Plastik, Pestiziden, Antibiotika und anderen Stoffen stark reduzieren (siehe Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2021/03). Da sich Biodiversität und Klimakrise gegenseitig verstärken, brauchen wir auch stärkeren Klimaschutz.

Die bisherigen UN-Vereinbarungen zur Biodiversität wurden nur mangelhaft umgesetzt. Es besteht aber noch Hoffnung. Im Oktober einigten sich die Staaten im Rahmen des ersten Teils der 15. UN-Biodiversitätskonferenz auf die – leider unverbindliche – „Erklärung von Kunming“. Die Unterzeichnenden verpflichten sich darin, dafür zu sorgen, dass sich die Biodiversität bis 2030 erholt. Verbindliche Ziele und Maßnahmen könnten im Mai kommenden Jahres folgen, wenn die Delegierten den zweiten Teil der Konferenz abhalten.

Die Erwartungen sind hoch. Mehr als 70 Länder haben sich im Vorfeld zu einer

Naturschutz-Koalition („High Ambition Coalition for Nature and People“) zusammengeschlossen. Sie fordern, mindestens 30 Prozent der Landes- und Meeresfläche bis 2030 unter Schutz zu stellen.

In Kunming muss die internationale Staatengemeinschaft sich auf ambitionierte und verbindliche Biodiversitätsziele einigen. Die Umsetzung dieser Ziele muss überwachbar und der Fortschritt messbar sein. Es kommt dabei auf die konkreten Ziele der einzelnen Staaten an – und auf deren Umsetzung. Außerdem muss die Finanzierung stimmen. Reiche Staaten müssen stärker als bisher ärmere Staaten unterstützen, in denen die artenreichsten Ökosysteme liegen. Auch gilt es, den Privatsektor stärker in die Finanzierung einzubinden.

Sowohl die Klimakrise als auch die der Biodiversität erfordern entschiedenes Handeln: Wir müssen dem UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt ebenso gerecht werden wie der UN-Klimarahmenkonvention. Beides kann gelingen. Es braucht dafür allerdings endlich den nötigen politischen Willen.



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit/D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Der kenianische Journalist Wanjohi Kabukuru hat sich auf Umweltthemen spezialisiert. In dieser Ausgabe berichtet er darüber, was die „Blue Economy“ ist und warum die Seychellen dieses Konzept zur nachhaltigen Meeresnutzung schon früh aufgegriffen und international vorangetrieben haben. Außerdem geht er darauf ein, was das alles

mit der UN Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) zu tun hat. Wir freuen uns, ihn im Kreis unserer Beitragenden zu begrüßen.

SEITE 28



► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.

SOZIALE MEDIEN

„Die große Mehrheit bekommt keiner Sexuaufklärung“

Der Facebook-Aussetzer im Oktober störte junge Menschen in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen nicht sonderlich. Im Gegensatz zu Altersgenossen in Hoch-einkommensländern sind sie an unzuverlässige Infrastrukturen gewohnt. Wie alle Teenager nutzen auch sie das Internet auf der Suche nach ihrem Platz im Leben. Dabei sind ihre Möglichkeiten stärker eingeschränkt – was für Mädchen besonders gilt. Globale Regulierung ist nötig, um User vor destruktiver Propaganda zu schützen. Payal Arora von der Erasmus-Universität Rotterdam erläutert ihre Sicht im Interview.

Payal Arora im Interview
mit Hans Dembowski

Wie nutzen Teenager in Entwicklungs- und Schwellenländern das Internet?

Einem Mythos zufolge erwerben sie Kenntnisse, bauen berufliche Fähigkeiten aus und gründen vielleicht auch kleine Firmen, um der Armut zu entkommen. Die Kehrseite dieser Superheldenerzählung ist, dass sie dem rückständigen Denken ihrer Gemeinschaften entkommen und mehr wie „wir“ in Europa und Nordamerika werden sollen. Es geht aber um Teenager. Das ist ein Alter der Selbsterkundung, nicht der Selbstperfektion. Jugendliche suchen ihren Platz im Leben und wollen wissen, was sie bewirken können. Sie suchen nach Sinn, Freundschaft, Engagement und Unterhaltung. Anders als Kinder trauen sie nicht einfach dem Urteil der Eltern, sondern wollen Dinge selbst beurteilen. Das Internet hilft dabei – und es schafft dafür auch eine gewisse Privatsphäre. Bedenken Sie, dass die meisten kein eigenes Zimmer haben. Viele leben mit Eltern, Geschwistern und vielleicht auch Großeltern in einem einzigen Raum.

Der Handybildschirm wird quasi zum eigenen Zimmer?

Ja, und das gilt insbesondere für Mädchen, die nicht einfach ausgehen und sich nach

Belieben mit Altersgenossen treffen können. Selbst der Zugang zu digitaler Technik ist nicht selbstverständlich (siehe Ipsita Sapra im Magazinteil des E+Z/D+C e-Paper 2021/10). Vielfach herrscht eine Sicht, die sich mit „Gute Mädchen sind nicht auf Facebook“ zusammenfassen lässt. Die Reputationsrisiken sind erheblich. Soziale Medien

Wie ist das ohne eigenes digitales Gerät möglich?

Manche Mädchen haben ein Mobiltelefon, und viele andere benutzen Geräte, die einem anderen Familienmitglied gehören. Zum Schutz ihrer Reputation präsentieren sie sich im Netz gern als Tugendwächterinnen, indem sie sich über reiche Mädchen und deren unmoralische Fotos mokieren. Einerseits bekräftigen sie so konservative Normen, aber andererseits verschaffen sie sich einen Eindruck davon, was außerhalb ihrer eng gestrickten und autoritären Gemeinschaften geschieht. Wir sollten, was sie posten, nicht mit dem verwechseln, was sie denken. Sie müssen sich konservativ geben, um überhaupt online aktiv zu werden. Viele nutzen das Netz auch inkognito. Beliebt ist



Selfie-Aufnahme: Viele indische Mädchen haben kein eigenes Smartphone.

erfordern unstrukturierte Zeit, aber weibliche Jugendliche werden in Entwicklungsländern im Haushalt eingespannt. Eltern fragen, ob sie nichts Besseres zu tun hätten, als in sozialen Medien herumzulungern. Familien sorgen sich um ihr Ansehen und verfolgen genau, was ihre Töchter machen – wobei oft Nachbarn und Religionsgemeinschaft mithelfen. Dennoch bieten Internet und soziale Medien Teenagerinnen Freiheiten, die ihre Mütter nicht hatten, wenn sie denn Zugang zum Internet haben und sich dort ungefährdet und anonym umschauen können.

auch, eine neue Person zu kreieren und diese ohne Entdeckungsfahrer sagen zu lassen, was sie wirklich denken.

Instagram kann das Selbstwertgefühl von Mädchen beeinträchtigen, wenn sie sich nicht schön genug finden. Gilt das auch für die Mädchen, die Sie meinen?

Nein, sie haben größere Sorgen. Sie wollen sich gar nicht zeigen und auch bestimmt nicht gesehen werden. Großenteils akzeptieren sie herkömmliche Werte, zugleich sind sie aber neugierig und wollen sich umschauen. Eine Teenagerin sagte mir, ihre



Sexvideos sind für viele Jugendliche eine alternativlose Informationsquelle.

Eltern hätten ihr ein Smartphone nach der Hochzeit, die sie arrangieren wollten, in Aussicht gestellt. Daraufhin nahm sie heimlich mit dem Bräutigam Kontakt auf und bat ihn, ihr ein Handy zu kaufen, damit sie sich besser kennenlernen könnten. Der junge Mann war einverstanden, forderte aber alle Passwörter, um sie im Internet beobachten zu können. Das fand sie fair – denn er zahlte, ging selbst ein Risiko ein und würde eines Tages ihr Mann sein.

Ist Online-Pornographie relevant?

Ja, Pornhub ist mittlerweile die Sexuaufklärungsinstitution mit der größten Reichweite. Dabei ist diese Website für einen ganz anderen Zweck gedacht – nämlich mit der Stimulierung der Fantasien von Männern Geld zu verdienen. Ich will Internet-Pornographie nicht feiern, aber auch nicht unterschlagen, dass sie viele Jugendliche weltweit hilfreich finden. Versetzen Sie sich in die Lage von Jugendlichen in Entwicklungsländern, die homosexuelle Neigungen entdecken. Ihr gesellschaftliches Umfeld redet ihnen ein, sie seien krank, denn niemand sonst empfinde so. Wenn sie dann im Netz sehen, wie verbreitet homosexuelle Pornos sind, wird ihnen zumindest klar, dass viele Menschen solche Neigungen haben müssen.

Wie Modelfotografie arbeitet aber auch Pornographie mit unrealistischen Körperidealen. Es geht um Fantasien, nicht um Wirklichkeit, wie Sie schon sagten. Brauchen Jugendliche dann nicht Rat?

Das wäre gut, aber die große Mehrheit bekommt keinerlei Sexuaufklärung. Und es geht um mehr als Sex. In vielen Kulturen erfahren heranwachsende Mädchen nichts

Wichtiges über ihre Körper (siehe Mahwish Gul im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/04). Sie wissen nichts über Menstruation, bis sie einsetzt. Alles ist mit Scham besetzt. Sie haben keine klare Vorstellung davon, wie eine Schwangerschaft beginnt oder welche Krankheiten sexuell übertragen werden. Bei Sex geht es um Lust und Freude, aber Mädchen sollen das nicht erleben. „Gute“ Mädchen dürfen nicht einmal Interesse daran zeigen. Immer wieder fürchten Teenagerinnen, nur weil sie einen Kuss riskiert haben, ein Kind zu bekommen. Das Unwissen schafft großes Leid, lässt sich aber nicht leicht beenden. Für viele junge Menschen sind Online-Pornos die einzige Informationsquelle – auch wenn sie keine ausreichende Sexuaufklärung bieten.

Im Oktober fiel Facebook mehrere Stunden lang aus. WhatsApp und Instagram, die Facebook gehören, waren ebenfalls betroffen. Teenager in reichen Ländern waren empört – wie war das anderswo?

Die Leute waren nicht sonderlich beunruhigt, sie sind Schlimmeres gewöhnt. Versorgungssysteme – für Strom und Wasser zum Beispiel – sind in Entwicklungsländern tendenziell weniger zuverlässig. Obendrein ist es nichts Besonderes mehr, wenn Regierungen einzelne Websites oder auch das ganze Internet aus politischen Gründen sperren. In Nigeria war Twitter monatelang gesperrt. In Kaschmir gab es lange gar kein Internet mehr. Lokale Blackouts sind nicht ungewöhnlich.

In welchem Maß tragen Facebook und andere soziale Medien zur Radikalisierung von Jugendlichen in Asien, Afrika und Lateinamerika bei? Kürzlich machte eine Whistleblowerin bekannt, dass Facebook-

Algorithmen Wut und Hass verstärken, um Leute auf Facebook zu halten.

Viel von dem, was Jugendliche im Netz machen, ist völlig unpolitisch. Leider stimmt es aber, dass Extremisten das Internet – und insbesondere soziale Medien – für Propaganda und Mobilisierung nutzen. Wir brauchen eine unabhängige und globale Instanz, die dafür sorgen kann, dass Menschen valide und wahrhaftige Information bekommen. Diese Aufgabe kann man weder nationalen Regierungen noch Technologiekonzernen überlassen, denn die Wirkungen überschreiten Grenzen. Plattformbetreiber tun bislang so, als seien sie bloße Kontaktvermittler ohne Verantwortung für das, was bei ihnen veröffentlicht wird. Dabei haben sie auf das Alltagsleben viel größere Auswirkungen als konventionelle Medienbetriebe. Soziale Medien sind zu einer für das Gemeinwohl wesentlichen Infrastruktur geworden. Das liegt unter anderem an ihrem riesigen Netzwerkeffekt. Problematisch ist unter anderem, dass sie so viele persönliche Daten sammeln. Trotzdem überlassen wir viele wichtige Entscheidungen profitorientierten Unternehmen. Gewählte Politiker müssten sich der Verantwortung stellen und für globale Zusammenarbeit sorgen. Sie scheuen vor ihrer Pflicht zurück. Es ist falsch, alles war schiefgelaufen, Milliardären wie Facebook-Gründer Mark Zuckerberg vorzuwerfen.

Aber Leute wie er tun doch ihr Möglichstes, um nicht Regulierungen unterworfen zu werden.

Klar, aber trotzdem haben die konventionellen Medien den jüngsten Facebook-Skandal nicht gut kommentiert. Sie haben abermals Zuckerberg attackiert, vernachlässigten darüber aber das grundlegende Thema, dass die Politik in internationaler Kooperation stimmige Internet-Governance global ermöglichen und verfestigen muss. Positiv ist aber, dass dieses Thema nun Politikern mit sehr unterschiedlichen Weltbildern Sorgen bereitet. Das kann gemeinsames Handeln möglich machen.



PAYAL ARORA
ist Digital-Anthropologin und Professorin an der Erasmus School of Philosophy in Rotterdam. Ihr Buch „The next

billion users“ erschien 2019 bei Harvard University Press.

<https://www.linkedin.com/in/payalarora/>
Twitter: @3Lmantra

CORONA

Pandemiefolgen für HIV/Aids, TB und Malaria

Der aktuelle Jahresbericht des Global Fund meldet zum ersten Mal in seiner fast 20-jährigen Geschichte Rückschläge im Kampf gegen HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria. Der Grund ist Covid-19.

Von Aenne Frankenberger

Als der Global Fund im Jahr 2002 gegründet wurde, schienen HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria überwältigend. Seine Aufgabe ist, diese drei Infektionskrankheiten zu bekämpfen. Mittlerweile haben vom Global Fund unterstützte Programme 44 Millionen



TB-Patient im indischen Ahmedabad.

Menschenleben gerettet, wie es im aktuellen Jahresbericht heißt.

Große Fortschritte gibt es laut Fund bei HIV/Aids. Seit seiner Gründung seien dort, wo er Gesundheitsinitiativen unterstützte, aidsbedingte Todesfälle um zwei Drittel gesunken. Die weltweiten Neuinfek-

tionen hätten zwischen 2010 und 2020 um 31 Prozent abgenommen. Im selben Zeitraum sei die Anzahl der Patienten mit antiretroviraler Therapie um fast 20 Millionen gestiegen. Im Jahr 2020

- hätten 84 Prozent der HIV-Infizierten eine Diagnose erhalten,
- seien 87 Prozent der Diagnostizierten in Behandlung gewesen, und
- 90 Prozent der Behandelten hätten ein weitgehend normales Leben führen können.

Der Global Fund betont, damit seien die 90-90-90-Ziele, welche die UN-Generalversammlung 2016 beschloss, fast erreicht worden. Selbstverständlich bedrohe die Krankheit aber weiterhin gefährdete Gruppen wie junge Frauen, Drogenabhängige oder Sexarbeitende.

Zum ersten Mal verzeichnet der Global Fund allerdings Rückschläge – wegen Covid-19. Die Zahl der HIV-Tests sei 2020 um 22 Prozent gesunken, und die Förderung durch den Fund habe insgesamt 11 Prozent weniger Menschen erreicht.

Covid-19 war zudem voriges Jahr die Krankheit mit den meisten Todesopfern weltweit. Laut Global Fund liegt Tuberkulose nun auf Platz zwei. Seit 2002 seien dort, wo er arbeite, die TB-Todesfälle um 28 Prozent gesunken – und die Neuinfektionen um vier Prozent. Das Ziel, die Zahl der TB-Toten von 2015 bis 2020 um 35 Prozent zu verringern, sei nicht erreicht worden. Bis 2019 habe der Rückgang nur 15 Prozent betragen; aktuellere Daten lägen noch nicht vor.

HÄUFIGE VERWECHSLUNG

Tuberkulose und Covid-19 werden dem Global Fund zufolge leicht verwechselt, weil sie ähnliche Symptome haben. Vielen Menschen mit TB-Symptomen wie Husten und Fieber seien aber Tests und Behandlung verwehrt geblieben.

Covid-19 gefährdet somit den bisherigen Fortschritt bei der Diagnose von TB-

Infektionen. Der Global Fund geht davon aus, dass der Anteil der TB-Erkrankten, die nicht von ihrer Infektion wussten, vor der Corona-Pandemie von 46 Prozent 2013 auf 29 Prozent 2019 gesunken sei. Diese Quote müsse weiter zurückgehen, zumal multiresistente TB-Erreger sehr gefährlich seien (siehe auch Roli Mahajan im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/03) und entsprechende Infektionen dringend erkannt werden müssten. Weltweit hätten von den Menschen, die an antibiotikaresistenten Keimen starben, ein Drittel an Tuberkulose gelitten. Positiv sei indessen, dass prophylaktische TB-Behandlungen von Kindern im vorigen Jahr um 13 Prozent zugenommen hätten.

Der Global Fund bezeichnet den Fortschritt im Kampf gegen Malaria als einen der größten Erfolge des öffentlichen Gesundheitswesens. In den geförderten Ländern seien die Malaria-Todesfälle in den Jahren zwischen 2002 und 2019 um 45 Prozent gesunken. Jedoch verbreite sich eine Resistenz gegen das gängigste Malaria-Medikament Artemisinin. Außerdem würden Moskitos gegenüber Insektiziden weniger empfindlich.

Laut Global Fund stagnieren deswegen seit 2017 die Zahlen im Kampf gegen die Krankheit. Trotzdem scheine die Ausrottung von Malaria zum Greifen nah. Im Februar 2021 habe die Weltgesundheitsorganisation (WHO) El Salvador als malariefrei eingestuft. Außerdem sei die prophylaktische Behandlung von Kindern gegen Malaria vorangekommen.

Die Pandemie habe allerdings auch die Malaria-Prävention erschwert, etwa wegen längerer Lieferzeiten für medizinische Ausrüstung. Corona-Einschränkungen hätten zudem groß angelegte Kampagnen verhindert. Im Kampf gegen Malaria habe das aber weniger Schaden angerichtet als im Blick auf HIV/Aids und Tuberkulose.

LINK

Global Fund: Results report 2021.

<https://www.theglobalfund.org/en/results/>



AENNE FRANKENBERGER
studiert Anglistik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Gießen. Sie macht derzeit ein Praktikum

in der E+Z/D+C Redaktion.

euz.editor@dandc.eu

ONLINEHANDEL

Afrikanischer Internet-Riese

Der Versandhändler Jumia verändert seit neun Jahren Verbraucherleben in Afrika. Nigerias meistgenutzte Plattform für Online-shopping wird auch „Amazon von Afrika“ genannt. Allerdings musste Jumia in seiner Unternehmensgeschichte mit gravierenden Problemen kämpfen.

Von Bimbola Oyesola

2011 hatte Nigeria 160 Millionen Einwohner, aber ganz überwiegend nur informelle Einzelhandelsstrukturen. „Wir wollten keine Einkaufszentren bauen, sondern gleich online durchstarten“, sagt Jumia-Mitbegründer Tunde Kehinde. Heute leben in Nigeria 200 Millionen Menschen, und der E-Commerce-Riese hat sich auch in weiteren afrikanischen Ländern etabliert.

Als Herausforderungen sahen die Jumia-Gründer die schwache digitale Infrastruktur, das komplizierte Bankenwesen und logistische Schwierigkeiten. Es gelang ihnen, Kunden von der Sicherheit des Onlineshoppings zu überzeugen und ein eigenes Verteilungsnetzwerk mit belastbarer Logistik aufzubauen. Heute hat Jumia mehr Laster als DHL und vertreibt Waren in elf Ländern. Der Konzern hat somit ein Stück weit die geographische Zersplitterung Afrikas verringert.

Jumia erleichtert vielen afrikanischen Konsumenten das Leben. Sie können online Waren, die lokal nicht verfügbar sind, bestellen und müssen für solche Besorgungen nicht mehr weit reisen. Selbst für Stadtbewohner kann der Weg ins Zentrum sehr aufwändig sein. Jumia-Kunden benötigen nicht einmal eine funktionierende Internetverbindung, denn eine andere Person kann in ihrem Namen Bestellungen aufgeben.

Die Hälfte der Nigerianer lebt auf dem Land. Gute Straßen und formale Postadressen sind dort selten. Jumia Logistics kommt ohne aus. Ein breites Netz von Paketshops macht Dienstleistungen auch in Gegenden möglich, die früher als kaum erreichbar galten.

In Nigeria haben zwei Drittel der Erwachsenen kein Bankkonto. JumiaPay bie-

tet deshalb Zahlungsmethoden, die zur Lebenssituation afrikanischer Kunden passen. Weil Barzahlung bei Lieferung möglich ist, kann Jumia auch Menschen, die vor Online-Zahlungen zurückschrecken, Produkte verkaufen. Auch Ratenzahlung ist erlaubt, was teure Produkte erschwinglicher macht. Außerdem bringt Jumia Käufer in Kontakt mit

mer, als in Einkaufszentren oder auf Märkte zu gehen. Außerdem sei es günstiger, selbst wenn es gerade keine Sonderangebote gebe. Sie bezeichnet Jumia als „empfehlenswert“. Sie habe auch schon einmal für einen Freund bestellt, der anderswo in Nigeria lebe. „Er erhielt seine Bestellung problemlos, nachdem er den Code zeigte, den ich ihm gesendet hatte“, erzählt sie.

WACHSTUMSSTRATEGIE

Künftig will Jumia für viele weitere Kunden wichtig werden. Afrikas Bevölkerung wächst, deren Kaufkraft auch. Doch das Un-



Arbeiterin in einem Jumia-Lager in Lagos.

Verkäufern, sodass Kunden auch Zugang zu Waren bekommen, die Jumia nicht selbst anbietet.

Konsumenten schätzen die digitalen Möglichkeiten – Juliet Osho zum Beispiel. Sie lebt in einer ländlichen Gegend. Als sie für ihren siebenjährigen Sohn, dessen Schule einen „Career Day“ veranstaltete, eine Pilotenuniform brauchte, fand sie nach kurzer Internetsuche ein geeignetes Kostüm und bestellte es bei Jumia. Zur Freude ihres Sohnes war es vier Tage später da.

Sola Johnson ist ebenfalls Jumia-Kundin. Online zu bestellen, findet sie beque-

ternehmen will sich nicht nur auf diese Faktoren verlassen. Die Manager betonen, sie wollten das Vertrauen der Kunden gewinnen. Nötig sind dafür die richtigen Produkte zu attraktiven Preisen. Obendrein muss der Einkauf komfortabel sein.

Jumia ging 2012 in Betrieb. Der Mutterkonzern ist die Africa Internet Group mit Sitz in Berlin. Jeremy Hodara und Sacha Poignonnec, ehemalige Mitarbeiter der Unternehmensberatung McKinsey & Company, gehörten zu den Gründern. Unter den ersten Aktionären waren die Berliner Risikokapitalgesellschaft Rocket Internet und

der südafrikanische Konzern Mobile Telephone Networks. Die französische Versicherung Axa und das Telekommunikationsunternehmen Orange investierten ihrerseits früh in Jumia.

In den ersten Jahren expandierte das Unternehmen schnell. 2012 startete Jumia auch in Ägypten, Marokko, Kenia, Südafrika und der Elfenbeinküste. In den nächsten zwei Jahren kamen Ableger in Tunesien, Tansania, Ghana, Kamerun, Algerien und Uganda hinzu. 2018 war Jumia in 14 afrikanischen Ländern vertreten.

Angefangen hat alles mit zehn Mitarbeitern in Nigeria. Mittlerweile hat Jumia 5000 Angestellte auf dem ganzen Kontinent. Der Konzern expandierte auch in andere Branchen. 2013 gingen Jumia Travel, eine Seite für Hotelbuchungen, und Jumia Food online. 2015 schaltete Jumia Deals erstmals Kleinanzeigen von Drittanbietern. JumiaPay wurde 2017 eingeführt und richtete später auch ein Kreditprogramm ein, das geschäftliche Darlehen an Drittanbieter vergibt. In Kooperation mit dem Technologiekonzern Amadeus schuf

Jumia zudem eine Internetseite für Flugbuchungen.

DIE KRISE VON 2019

2019 war jedoch ein schwieriges Jahr. Im April ließ zwar der aufsehenerregende Börsengang in New York den Preis der Jumia-Aktie innerhalb von drei Geschäftstagen um mehr als 200 Prozent steigen – der Höchststand lag dann bei fast 70 Dollar. Doch die folgende Talfahrt war genauso dramatisch. Vorwürfe wegen Betrugs und verheimlichter Verluste wurden laut. Zum Jahresende war der Aktienpreis unter fünf Dollar gefallen. Jumia musste daraufhin den Betrieb in Kamerun, Tansania und Ruanda einstellen.

Wie bei Start-ups üblich, hatte Jumia viele Jahre lang Verluste ausgewiesen, doch in der Krise begann das Management, Profitabilität anzustreben. Offensichtlich verloren Investoren die Geduld. Jumia tat deshalb mehr, um auf die örtlichen Verbraucherbedürfnisse einzugehen, die Werbetrommel zu rühren und profitabel zu werden. Online-Shopping-Events wurden

eingeführt – beispielsweise Black-Friday-Aktionstage.

Millionen neuer Kunden lockte das Unternehmen 2019 durch Partnerschaften mit über 110 000 Verkäufern an. Darunter sind viele afrikanische Unternehmen. Jumia hat den Marktplatz für Drittanbieter weiter ausgebaut und verlangt für dort verkaufte Waren eine Kommissionszahlung. Andererseits setzt Jumia selbst heute weniger auf den Verkauf hochwertiger digitaler Geräte wie Handys oder Laptops und vertreibt nun eher billigere Waren des täglichen Bedarfs, die mehr Käufer anziehen.

Im zweiten Quartal 2021 schrieb Jumia noch rote Zahlen. Finanzinvestoren scheinen dennoch an das Geschäftsmodell zu glauben und erwarten, dass das Unternehmen irgendwann Profite macht. Im August stand der Aktienpreis bei fast 22 Dollar.



BIMBOLA OYESOLA
arbeitet als Journalistin in
Lagos.

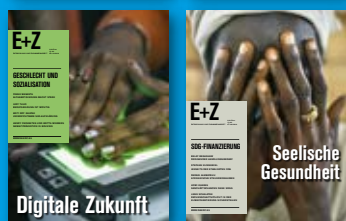
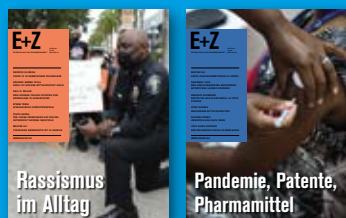
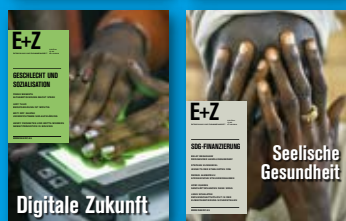
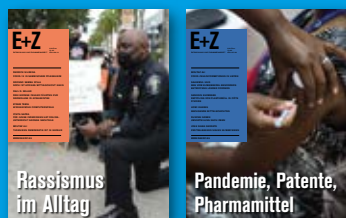
oritokeoyee@gmail.com

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



KINDERRECHTE

Bildung für Kinder trotz Pandemie

Covid-19 hat viele negative Auswirkungen auf Kinder, vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Entwicklungsprojekte im indischen Bundesstaat Assam zeigen, wie es gelingen kann, benachteiligte Kinder auch in Krisenzeiten zu fördern.

Von Enakshi Dutta, Cynthia Dittmar und Franziska Müller

Covid-19 hat Kinder weltweit hart getroffen. Unter anderem führten Lockdowns und Schulschließungen zu schmerzhaften Einschnitten. Viele Minderjährige hatten Angst um ihre Eltern und Großeltern oder mussten sogar den Tod naher Angehöriger miterleben. Überall wurden Kinderrechte massiv eingeschränkt:

- **Recht auf Schutz:** Häusliche und sexuelle Gewalt, Ausbeutung sowie Kinderarbeit und Kinderehen nahmen während Corona weltweit drastisch zu. Gleichzeitig konnten sich Minderjährige in ihrer Not häufig nicht an Außenstehende wenden, auch weil viele Kinderschutzdienste nicht arbeiteten. Schulen, in denen aufmerksame Lehrkräfte hätten einschreiten können, waren geschlossen.

- **Körperliche und seelische Gesundheit:** Stark angestiegen sind deswegen Angststörungen, psychischer Stress, Depressionen und Suizide unter Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig sank auch die körperliche Resilienz vieler Kinder, deren Eltern mangels Einkommen nicht in der Lage waren, sie ausreichend zu ernähren. So hungerten 2020 laut dem Kinderhilfswerk der UN weltweit 132 Millionen Menschen zusätzlich, davon 44 Millionen Kinder (UNICEF 2020a).

- **Kinderarmut:** Nach Hochrechnungen von UNICEF gibt es im globalen Süden wegen der negativen wirtschaftlichen Effekte von Covid-19 zusätzlich 140 Millionen Kinder, die unter der Armutsgrenze leben, insbesondere in Subsahara-Afrika und Südasiens. Weitere 150 Millionen leiden unter mehrdimensionaler Armut. Das bedeutet, sie haben keinen Zugang zu Bildung, Gesundheitsfürsorge, Unterkunft, Ernährung,

sanitären Einrichtungen oder sauberem Wasser.

- **Bildung:** Am stärksten aber wirkt sich die Krise auf die Bildung der Kinder aus. Fast alle Kinder des globalen Südens hatten wegen der Schulschließungen mehr als ein Jahr lang keinen Unterricht. Viele kehren danach nicht in die Schule zurück. Auch die anderen kämpfen noch mit einem Lernrückstand von mehreren Monaten. Insgesamt 463 Millionen Kinder konnten laut UNICEF durch ihre häusliche Situation und die ländliche Infrastruktur nicht am digitalen Fernunterricht teilnehmen oder erfuhren keine Unterstützung zu Hause. Schulkinder aus einkommensschwachen Ländern erlebten mehr als doppelt so viele Schulausfälle wie Kinder aus einkommensstarken Ländern. Und Mädchen sind zusätzlich benachteiligt, unter anderem, weil sie durchschnittlich weniger Zugang zu digitaler Technologie haben als Jungen und mehr Unterstützung im Haushalt leisten müssen (UNICEF 2020b). Beides gilt auch für indische Studentinnen in hohem Maße (siehe Ipsita Sapra im Magazin von E+Z/D+C e-Paper 2021/10).

Kindern und Jugendlichen unter diesen schwierigen Bedingungen Bildung weiter zu ermöglichen, sieht das Kinderhilfswerk Childaid Network als seine Aufgabe an. Die zivilgesellschaftliche Organisation engagiert sich für Kinder und Jugendliche in abgelegenen Gebieten von Nordostindien, Nepal, Bangladesch und Myanmar, insbesondere in den Bereichen Kinderrechte, Grundbildung, berufliche Bildung und Förderung des Kleinunternehmertums. Seit der Pandemie kümmert sich Childaid Network auch vermehrt um Gesundheitsthemen.

Während der Pandemie setzte das Kinderhilfswerk dafür auf verschiedene Konzepte, etwa den Einsatz von Informationstechnologie, lokale Freiwillige, Kleingruppen und Lerninputs im Radio. So gelang es, 80 Prozent der Zielgruppenkinder und -jugendlichen auch während des Ausnahmezustands kontinuierlich mit Bildungsinhalten zu versorgen.

Das nächste Ziel von Childaid Network ist es, die Lernlücken von 100 000 Kindern aus marginalisierten Gemeinschaften in Nordostindien zu schließen. Dafür werden tausende freiwillige Bildungsförderer eingesetzt. Außerdem versorgt der lokale Partner Aide et Action India staatliche Lehrkräfte mit ansprechenden didaktischen Curricula und Materialien. Die Pilotphase in zehn Dörfern ist vielversprechend, und im November 2021 wird das Projekt auf 1000 Dörfer im indischen Bundesstaat Assam skaliert. Aide et Action



Lernen auch in der Krise: Kinder im indischen Bundesstaat Assam.

India, Accenture und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ermöglichen die Umsetzung.

In Assam ist die Arbeit von Childaid Network besonders wichtig: Schon vor der Pandemie rangierte die Region auf dem letzten Platz aller Bundesstaaten Indiens bei der Umsetzung der Kinderrechte. Eines von neun Kindern erlebt dort den fünften Geburtstag nicht, und zehn Prozent der Kinder gehen nicht in die Schule. Die Bildungsqualität ist äußerst schlecht: Nur 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler können dem amtlichen Bildungsreport 2019 zufolge in der achten Klasse einen Text der Klasse zwei lesen und verstehen. Seit 2016 steigt die Zahl der gemeldeten Verbrechen gegen Kinder wieder an, insbesondere Kinderhandel und sexuelle Gewalt. Die Pandemie hat diese Tendenz deutlich verstärkt. Im Hinblick auf gesellschaftliche Teilhabe sind Kinder

in Assam weiterhin benachteiligt, sie sind zum Beispiel selten aktive Mitglieder in den Schulverwaltungskomitees.

Um all das zum Besseren zu wenden, initiierte Childaid Network gemeinsam mit dem Institute of Development Action (IdeA) ein weiteres Projekt in Assam: EnRiCh (Enabling Rights of the Child, siehe Kasten unten). Es zielt darauf ab, Kinderrechte gerade in der schwierigen Pandemie-Situation zu stärken und auf eine Zukunft hinzuarbeiten, in der jedes Kind sein volles Potenzial entfalten und in Würde leben kann.

LINKS

UNICEF, 2020a: Covid-19 and children.

<https://data.unicef.org/covid-19-and-children/>
UNICEF, 2020b: Policy Brief: The impact of Covid-19 on children. https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/policy_brief_on_covid_impact_on_children_16_april_2020.pdf



ENAKSHI DUTTA

ist Kinderrechtsaktivistin, Spezialistin für Kapazitätenentwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen und

Direktorin des Institute of Development Action.
enakshi@theant.org



CYNTHIA DITTMAR

leitet die Projektkoordination bei Childaid Network.

cynthia.dittmar@childaid.net



FRANZISKA MÜLLER

studiert Friedens- und Konfliktforschung und engagiert sich bei Childaid Network als studentische

Aushilfe.

franziska.mueller@childaid.net

Lokale Partner einbinden

Im indischen Bundesstaat Assam haben das Institute of Development Action (IDeA) und Childaid Network Germany eine Initiative für Kinderrechte gestartet: EnRiCh (Enabling Rights of the Child). Sie lief zunächst in 45 Dörfern. Ziel ist es nun, innerhalb von zwei Jahren mindestens 80 000 Kinder zu erreichen.

Die EnRiCh-Initiative unterstützt zum einen direkt lokale zivilgesellschaftliche Organisationen. Beispielsweise hilft sie ihnen beim Prozess der Organisationsentwicklung oder bei der Zusammenarbeit mit lokalen Behörden. Zum anderen vernetzt sie verschiedene Akteure: Eltern, Ausschüsse auf Dorfebene, lokale Verwaltungsorgane, Schulverwaltungen und Kinderclubs. Um die Dörfer kinderfreundlicher zu machen, setzen wir auf Kampagnen, Workshops und eigens ernannte Kinderrechtsunter-

stützer in den Gemeinden. Ein Netzwerk für Kinderrechte in ganz Assam ist geplant.

Während indische Kinder meist in hierarchischen, autoritären Verhältnissen aufwachsen, gesteht EnRiCh ihnen Raum zu, um sich auszudrücken und ihr Potenzial zu entfalten. Sie treffen sich wöchentlich in eigens gegründeten „Rhino Clubs“, benannt nach dem einhornigen Nashorn, dem Staatstier von Assam. Dort lernen sie gemeinsam, treiben Sport, sind kreativ tätig oder besuchen die Bibliothek. Sie erfahren Gemeinschaft und lernen Ansprechpartner im Dorf und bei Behörden kennen. Und sie bekommen Wissen vermittelt über Kinderrechte, Gesundheit, Umwelt und Ernährung. So werden sie zu wertvollen Multiplikatoren dafür, wie man sich in der Pandemie richtig verhält. EnRiCh stellt für solche Projekte

verschiedene Materialien in lokalen Sprachen bereit, etwa Handbücher, Comics, Poster oder Theaterstücke.

Als die zweite Covid-19-Welle zwischen April und Juni 2021 in Nordostindien für hohe Infektions- und Todesraten sorgte, gründeten IDeA und seine Partnerorganisationen



Gemeinsam für die Kinderrechte: Workshop in Assam.

insgesamt 86 „Covid-19-Dorfkomitees“. Sie setzen sich zusammen aus der lokalen Dorfregierung, Jugendlichen und Gesundheitshelfern. Das funktionierte auch im Lockdown,

weil bereits funktionierende Netzwerke wie WhatsApp-Gruppen oder Online-Konferenzen aufgebaut waren. Das Projektteam stattete jedes Komitee mit medizinischem Material und Aufklärungsbroschüren aus, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Mehr als 7000 Kinder erhielten Arbeitsbücher und Schreibwaren, um weiterhin lernen zu können. Nachhilfeunterricht gab es in Kleingruppen im Freien. Mittlerweile geht es darum, die staatlichen Gesundheitsstationen weiter zu stärken, um in künftigen Krisen effizienter zu handeln und den Fokus auf die Kinder zu verstärken.

Das Beispiel zeigt: Neben entschlossenem staatlichem Handeln sind starke lokale Gemeinschaften und die Zivilgesellschaft zentral für die Bewältigung von pandemischen Krisen. Dabei ist ein besonderer Fokus auf die Rechte der Kinder wichtig, um die schlimmsten Auswirkungen des notwendigen Pandemieschutzes auf sie abzufedern. ED/FM/CD

KUNSTGEGENSTÄNDE

Rechtmäßiger Besitz Afrikas

Der Umgang mit afrikanischen Kunst- und Alltagsgegenständen aus der Kolonialzeit ist in Europa ein kontroverses Thema. Die Frage ist, ob diese Artefakte rechtmäßig in den Besitz von Museen und Sammlern gelangt sind und ob diese Objekte nicht besser ihren Herkunftsländern zurückgegeben werden sollen. Im Weltkulturen Museum Frankfurt, einem ethnologischen Museum, ist seit Oktober eine Ausstellung zu sehen, die sich mit vielen dieser Fragen beschäftigt. Antworten und Lösungen zu finden ist nicht einfach.

Von Sabine Balk

Die Ausstellung, die bis 9. Januar 2022 zu sehen ist, trägt ihre Intention bereits im Namen, sie heißt: „Invisible Inventories. Zur Kritik kenianischer Sammlungen in westlichen Museen“. Sie ist das Ergebnis der mehrjährigen Arbeit des „International Inventories Programme“, eines Zusammenschlusses



Das Ndoome ist kein Kampfschild, sondern ein ritueller Tanzgegenstand.

von Künstlern und Museen aus Kenia und Deutschland sowie dem Goethe-Institut. Die Beteiligten inventarisieren gemeinsam kenianische Objekte in einer Datenbank, die in den fast 70 Jahren britischer Kolonialherrschaft außer Landes gebracht wurden und sich heute in Museen und Privatsammlungen in Europa und den USA befinden.

Die Datenbank umfasst derzeit über 32500 Objekte aus 30 verschiedenen Institutionen.

Die Ausstellung und die dadurch ausgelöste Debatte hat viele Dimensionen, die sich nicht nur auf Kenia beschränken, sondern alle kolonialisierten Länder betreffen (siehe Kasten nächste Seite). Am wichtigsten ist, das Thema öffentlich zu machen. Es geht darum, den kulturhistorischen Wert der Gegenstände für Deutschland und für Kenia zu bedenken, ihre kulturellen Verflechtungen und ihre jeweils spezifische Aneignung im Westen. Die Ausstellung setzt sich auch mit den Auswirkungen auseinander, die der Verlust dieser Objekte in den kenianischen Gemeinschaften ausgelöst hat.

Juma Ondeng` von den National Museums of Kenya berichtet, dass sein Team im Zuge des Projekts kenianische Ethnien wie die Kikuyu, Luo oder Kalenjin nach Herkunft und Bedeutung von Objekten befragt hätte. Dies geschah anhand von Fotos. Dabei fanden sie heraus, dass es oft gar nicht einfach ist, die Objekte zuzuordnen, weil ihre Herkunft, Bedeutung und ihr Zweck nicht immer bekannt ist. Ein Beispiel ist ein blattförmiges Holzschilde der Kikuyu aus dem 19./20. Jahrhundert, genannt „Ndoome“, das im Weltkulturen Museum in Frankfurt lagert. Lange dachten die westlichen Forscher, es diene beim Kampf zur Abwehr. Im Zuge des Projekts kam heraus, dass das Schild gar nicht beim Kampf, sondern bei Tänzen und Beschneidungszeremonien eingesetzt wurde.

Ondeng` wünscht sich einen besseren Zugang zu den kenianischen Artefakten: „Wir haben zu wenig Informationen über sie. Wir haben fantastische kulturelle Hinterlassenschaften, das muss erzählt werden. Es gibt viele rituelle und kulturelle Gegenstände, die sehr wichtig für uns sind und die in Afrika besser aufgehoben wären.“

Diese Geschichte des Verlustes konnten die National Museums of Kenya besonders deutlich machen. Dort wurde die Invisible Inventories-Ausstellung von März bis Mai als Erstes gezeigt. Zu sehen waren vor allem leere Vitrinen – ein Sinnbild für die verlorenen Kunstgegenstände.

Für die Frankfurter Kulturdezernentin Ina Hartwig ist das frappierend: „Die Folgen des Kolonialismus sind fatal, die Museen in Kenia sind leer, die in Deutschland und Europa voll.“ Das Weltkulturen Museum hat 870 kenianische Objekte aus dem 19. und 20. Jahrhundert und zeigt bei der Ausstellung acht davon, darunter der rituelle Tanzgegenstand Ndoome.

Die Ausstellung vermittelt nicht nur eine einzige Botschaft. Sie spiegelt nuancierte Perspektiven in einer komplizierten



Das Werk „31,302“ von Jim Chuchu und Njoki Ngumi.

Debatte wider. Sie wurde von Deutschen und Kenianern mit recht unterschiedlichem Hintergrund organisiert, und sie haben sich darauf geeinigt, die Ausstellung zu ändern – zunächst im Dezember und dann noch einmal im Januar –, um die Vielfalt der Ansichten besser widerzuspiegeln.

Neben den wenigen Objekten liegt der Fokus der Schau ohnehin auf der Darstellung der Stimmen aus Kenia durch Filmmaterial und Infotexte. Ergänzt wird dies durch die Ausstellung aktueller Arbeiten kenianischer Künstler wie das Werk von Jim Chuchu und Njoki Ngumi „31,302“ – eine Sammlung schier endloser Bänder mit Versandetiketten, die sich durch alle Räume

der kleinen Ausstellung ziehen. Mit diesem Werk wollen sie die Masse an Objekten und ihren unterschiedlichen Wert für die Menschen – ob monetär oder emotional – ver-sinnbildlichen.

Wichtig ist den Ausstellungsmachern, dass Kenianer gleichberechtigt in dem Projekt sind – auch wenn per se ein Ungleichgewicht besteht, weil das Geld aus dem Wes-

ten kommt, wie Künstler Simon Rittmeier betont. Dass die Finanzierung für Afrikaner immer ein großes Problem ist und viele kulturelle Projekte daran scheitern, bedauert der Museumschef Ondeng`.

LINKS

Weltkulturen Museum Frankfurt:

<https://www.weltkulturenmuseum.de>

International Inventories Programme (IIP):

<https://www.inventoriesprogramme.org>



SABINE BALK

ist Redakteurin von E+Z

Entwicklung und Zusammen-
arbeit/D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Die schwierige Aufgabe der Rückgabe

80 bis 90 Prozent der afrikanischen Kunst befindet sich in Europa oder den USA, wohin sie im Zuge des Kolonialismus außer Landes geschafft wurde. In Europa hat die Diskussion um die Rückgabe (Restitution) in den vergangenen Jahren Fahrt aufgenommen. In Deutschland hat sich die Debatte vor allem am Bau des Humboldt Forums in Berlin entzündet, in Frankreich hat Präsident Emmanuel Macron die Debatte vorange-trieben. Allerorts zeigt sich, dass die Rückgabe kein triviales Unterfangen ist und es keine einfache Lösung gibt.

Im ethnologischen Teil des Humboldt Forums, einem Großmuseum in Berlin, befinden sich zehntausende Artefakte aus Afrika und Asien. Kritiker bemängeln den Umgang des Museums mit den Ausstellungstücken: Das Museum setze sich nicht genug für die Diskussion um die Herkunft und Rückgabe dieser Objekte ein. Eines der bedeutendsten Ausstellungstücke ist das 16-Meter lange und einzigartige „Luf“-Boot. Es stammt aus dem heutigen Papua-Neuguinea, wo die deutschen Kolonialherrscher im 19. Jahrhundert im „Schutzgebiet Deutsch-Neuguinea“ ein brutales Regime führten.

Wie die genaue Herkunftsgeschichte (Provenienz) des Bootes ist, darüber habe das Museum noch zu wenig geforscht, räumt es selbst ein. Über eine Rückgabe, wie von manchen gefordert, denkt es allerdings nicht nach.

Anders sieht es mit einem anderen Kunstschatz, den sogenannten Benin-Bronzen, aus. Sie stammen aus dem Königreich Benin, das im heutigen Nigeria lag. Die britische Kolonialmacht legte dort 1897 bei einer Strafexpedition alles in Schutt und Asche – nachdem sie die prächtigen Paläste geplündert hatten. Die Briten verkauften zahlreiche Kunstob-

jekte an deutsche Sammler und Museen. Rund 1100 Bronzen sind in deutschen Museen zu finden, darunter auch im Humboldt Forum.

Die deutsche Bundesregierung einigte sich nun mit der nigerianischen auf eine Rückgabe der wertvollen Bronzen. Wie viele Objekte zuerst zurückgegeben werden, steht noch nicht fest, der Start wurde aber auf 2022 festgelegt.

In Frankreich gab es 2017 eine vielbeachtete Initiative von Präsident Macron. Er versprach, alle Raubkunst aus französischen Museen ihren Eigentümern zurückzugeben. Um einen Modus Operandi für die Restitution zu finden, beauftragte er zwei Experten mit der Erstellung eines Berichts. Ihre Empfehlung: Alle Raubkunst muss permanent ins Ursprungsland zurückgegeben

werden, auch wenn die Eigentümerschaft nicht 100-prozentig geklärt ist.

Dies ist eine Haltung, die nicht alle Kunst- und Museumsexperten teilen. Guido Gryseels, Direktor des Afrika-Museums im belgischen Tervuren, lehnt eine Rückgabe nicht generell ab, differenziert aber. In einem Interview in der Süddeutschen Zeitung plädierte er 2018 dafür, Kunstschatze nur dorthin zurückzugeben, wo die entsprechende Museumsinfrastruktur bestehe. Die meisten Objekte aus seiner Sammlung stammten aus der heutigen Demokratischen Republik Kongo. Dort gäbe es keine Aufbewahrungsorte und Restaurierungsmöglichkeiten. Den Kongolosen selbst gehe es weniger um eine Rückgabe als um einen Zugang zu den Objekten, sagt Gryseels: „Afrika hat offensichtlich Anspruch darauf, die Kontrolle über das eigene kulturelle Erbe zu erhalten.“

Einig sind sich alle, dass die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte noch am Anfang steht und weitergeführt werden muss. Es wird noch lange dauern, alle offenen und kontroversen Fragen zu bearbeiten, und Museen haben dabei eine gewichtige Rolle zu spielen (siehe Anke Schwarzer im Sommer Special des E+Z/D+C e-Papers 2021/08). Letztendlich geht es aber auch darum, globale Machtstrukturen zu hinterfragen. SB



Drei der berühmten Benin-Bronzen im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg

Gravierende Altersarmut

Auf dem Papier verfügt Simbabwe über ein staatliches Rentensystem zur Unterstützung seiner älteren Bürger. Alle Arbeitnehmer zwischen 16 und 65 Jahren sind verpflichtet, in dieses System einzuzahlen. Im Gegenzug erhalten sie die Zusicherung eines angemessenen Einkommens, wenn sie in Rente gehen.

Aber davon kann der 87-jährige Oreck Matande aus Harare, ein ehemaliger Arbeiter der staatlichen Eisenbahn, nur träumen. Als er im Alter von 58 Jahren entlassen wurde, gab es keine Rente, da er das volle Rentenalter von 65 Jahren noch nicht erreicht hatte. Es gab auch keinen neuen Job für einen Arbeiter in seinem Alter. Als er dann 65 Jahre alt wurde, bekam er immer noch keine nennenswerte Rente.

„In Simbabwe wurde das Renteneinkommen von der Hyperinflation praktisch aufgeessen“, sagt Jonathan Mandaza. Er leitet die Zimbabwe Olders Persons Organisation, die sich für Menschen über 65 einsetzt. Laut dem deutschen Forschungsunternehmen Statista erreichte die Inflation im Jahr 2020 einen Höchststand von 557 Prozent. Diese führte auch zum Verlust der Ersparnisse.

„Hinzu kommt, dass die Renten nie die Höhe der Einkommen erreicht haben und auch nie erreichen werden, die während des Arbeitslebens erzielt wurden.“ „Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1980 bis heute hat es nie ein System gegeben, das den älteren Menschen hier hilft“, fügt

Mandaza hinzu. „Dabei waren sie das Rückgrat des Befreiungskampfes.“

Oreck Matande hat sich mit Spenden von Nachbarn und Kirchgängern durchgeschlagen. „Ich bin seit Jahren auf Almosen angewiesen“, bedauert er. „Manchmal bekomme ich ein bisschen Geld von meinen Mietern, aber die zahlen oft nicht, weil sie auch nichts haben. Auch meine Kinder können mir nicht helfen.“

Seine Geschichte ist nicht ungewöhnlich in Simbabwe. Nach Angaben von Mywage.org, einer Organisation, die Arbeitsmarktinformationen sammelt und vergleicht, sind die Renten in Simbabwe winzig und liegen zwischen 10 und 100 Dollar pro Monat. Die Organisation sagt auch, dass die Rentner in Simbabwe vorsätzlich enteignet worden sind. „Im Februar 2009, nach der Umstellung auf mehrere Währungen, begannen die Renten- und Lebensversicherungsfonds damit, ihre Policen in US-Dollar umzuwandeln“, heißt es in dem Bericht von Mywage über Simbabwe. „Das führte zu so hohen Kosten, dass sich die Guthaben auf den Konten willkürlich auf weniger als 100 Dollar reduzierte, unabhängig davon, wie lange die einzelnen Policen gelaufen waren.“

Die monatlichen Rentenzahlungen sind laut dem Bericht „so niedrig, dass sie wertlos sind“, und können die Lebenshaltungskosten nicht decken. Dies sehen sogar die Banken so, sie befreien Rentner, die 25 Dollar pro Monat verdienen, von der Zahlung von Servicegebühren, heißt es. Angesichts des starken Anstiegs der Lebensmittelkosten ist es ein täglicher Kampf ums Überleben, und viele sind auf Almosen angewiesen.

Laut Priscilla Gavi, Geschäftsführerin der Nichtregierungsorganisation HelpAge Simbabwe, ist die Altersarmut weit verbreitet. Im Juli 2021 gab es in Simbabwe etwa 713 000 Menschen über 65 Jahre. Davon „leben 80 Prozent in bitterer Armut, ohne Einkommen, ohne Rücklagen, ohne Krankenversicherung und ohne Rente“, erklärt Gavi.



JEFFREY MOYO
ist ein Journalist aus
Harare.

moyojeffrey@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

62. Jg. 2021

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7249

Dieses e-Paper wurde am 28.10.2021 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz)
Freiberufliche Mitarbeit: Aviva Freudmann (AF), Monika Hellstern (MH; Social Media), Jan Walter Hofmann (JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

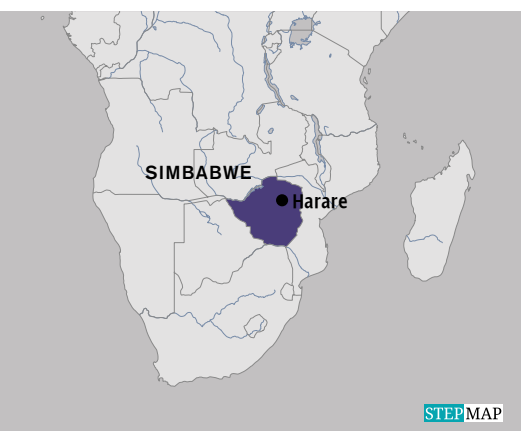
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



◀ www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook

D+C

D+C Development
and Cooperation
@development.and.cooperation

Startseite

Beiträge

Fotos

Info

Community

Seite erstellen



👤 Gefällt mir · Teilen · Änderungen vorschlagen · Mehr dazu · Nachricht

Beiträge

D+C D+C Development and Cooperation · 23.08. · 🌐

Only a few days left until the UN climate summit takes place in Glasgow. But many governments' current ambitions for reducing emissions are not sufficient to keep global warming below 1.5° Celsius. What must happen for the climate summit to inspire new hope? Our editor Jörg Cöberner analysed the situation. 🌱 #COP26



DANCO EU
Industrial countries have to scale up their action as time is running out for achievin...

Weitere Infos

👍 30

1 Kommentar

Community

Alle ansehen

👍 216.439 Personen gefällt das
👤 216.520 Personen haben das abonniert

Info

Alle ansehen

📩 Kontaktiere D+C Development and Cooperation in Messenger
🌐 www.dandc.eu
📖 Zeitschrift

🔒 Seitentransparenz

Mehr ansehen

Facebook möchte mit diesen Informationen transparenter machen, warum es bei dieser Seite geht. Hier erhältst du mehr zu den Personen, die die Seiten besuchen und Beiträge teilen wollen.

🕒 Seite erstellt 8. Januar 2014

Personen

>

216.439 „Gefällt mir“-Angaben

Ähnliche Seiten

The German Diplomat
Nachrichten- und Medienseite



RECHTSSTAATLICHKEIT

Gefängnisstrafe für Geschäftsmagnat

Malawis Justiz agiert zunehmend selbstbewusst. Sie schreckt nicht davor zurück, Regierungshandeln juristisch zu prüfen.

Von Raphael Mweninguwe

Vor einigen Wochen verurteilte der Oberste Gerichtshof in Blantyre den Geschäftsmann Thom Mpinganjira zu neun Jahren Haft mit schwerer Arbeit. Er hatte versucht, Richter des Verfassungsgerichts zu bestechen, während diese einen Prozess über den Ausgang der Wahl von 2019 führten. 2020 annullierten die Richter schließlich die Wahl, weil der damalige Präsident Peter Mutharika und seine Demokratische Fortschrittspartei (DFP) das Ergebnis manipuliert hatten. Heute ist von der „Tipp-ex-Wahl“ die Rede.

Mpinganjira wollte die Richter für Mutharika einnehmen. Seine Verurteilung war eine deutliche und wichtige Botschaft: Die Judikative nimmt Rechtsstaatlichkeit ernst – und sie kann schnell reagieren.

Mpinganjira gehört eine der führenden Geschäftsbanken Malawis, und er leitet diverse andere Finanzfirmen. In seinem Fall fiel das Urteil bereits nach einem Jahr und acht Monaten. Das ist ein Lackmustest für die Verfolgung einflussreicher, mit der politischen Elite verbandelter Geschäftsleute.

Viele Gerichtsverhandlungen in ähnlich profilierten Fällen wurden bislang jahrelang in der Schwebe gehalten. Der Rechtsstreit um Bakili Muluzi, einem anderen früheren Präsidenten, erstreckt sich schon seit mehr als zwölf Jahren. In seiner Amtszeit wurden wohl rund 2 Millionen Dollar unterschlagen.

Allgemein gingen Malawier davon aus, dass Richter sich scheuen, eine Regierung oder deren Amtsinhaber zu verurteilen. Die Annullierung der 2019er-Wahl Anfang 2020 änderte das aber auf einen Schlag (siehe meinen Kommentar in der Debatte des E+Z/D+C e-Paper 2020/03). Mutharika verlor, als die Wahl wiederholt wurde. Lazarus Chakwera bekam mehr Stimmen und regiert nun. Er versprach, nicht auf unangemessene Weise in das Handeln staatlicher Institutionen einzugreifen.

Pikant ist, dass der heutige Staatschef vom Gerichtsverfahren profitiert hat. Er wäre sonst nicht im Amt. Klar ist aber, dass er auf den Prozess und den Wahlausgang keinen Einfluss hatte. Tendenziell trauen ihm die Malawier.

Das Antikorruptionsbüro (Anti-Corruption Bureau – ACB) – eine unabhängige Instanz, die dem vom Präsidenten ernannten Generalstaatsanwalt untersteht – ließ den Geschäftsmann Mpinganjira im Januar 2020 verhaften, als das Verfassungsgericht noch den Wahlausgang prüfte. Er wurde nun für schuldig befunden, Richtern umgerechnet 120 000 Dollar Bestechungsgelder angeboten zu haben. Mpinganjiras Anwalt will in Berufung gehen und hat Freilassung gegen Kaution beantragt.

Zufrieden mit dem Urteil zeigt sich Reyneck Matemba, der das ACB leitete, bevor er im Dezember 2020 zum Generalstaatsanwalt aufstieg. Er betont aber, Staatsanwälte seien unter anderem durch persönliche Drohungen unter Druck gesetzt worden. Auch Blessings Chinsinga von der University of Malawi begrüßt das Urteil. Er meint, der Prozess sei wohl unerwartet schnell unter anderem deswegen abgeschlossen wor-

den, weil weder Staatsanwälte noch Richter rechtswidrig von oben beeinflusst worden seien. Chinsinga spricht von einem „Umfeld, das es Strafverfolgungsbehörden ermöglicht, ihre Arbeit besser zu tun“.

Das Urteil gegen den Finanztycoon ist laut Mustafa Hussein, der ebenfalls an der University of Malawi lehrt, eine Ansage an „Politiker und mächtige Eliten, dass niemand über dem Gesetz steht“. Tatsächlich hat der neue Präsident, Chakwera, versprochen: „Ich werde sicherstellen, dass die Judikative, die Antikorruptionsbehörde (ACB), die Polizei, die Armee und andere staatliche Institutionen unabhängig sind. Wer als korrupt überführt wird, wird die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.“ Hussein räumt aber ein, „eine unsichtbare Hand“ habe möglicherweise im Prozess gegen Mpinganjira eine Rolle gespielt. Vielleicht hat Chakwera Richtern signalisiert, sie sollten Fälle, die seinen Vorgänger und dessen Unterstützer betreffen, zügig vorantreiben. Das ist reine Spekulation, aber selbst wenn sie zuträfe, würden Chakweras öffentliche Statements es ihm künftig schwer machen, Richter zu beeinflussen, sollten jemals glaubwürdige Korruptionsvorwürfe gegen ihn und seine Administration aufkommen.



RAPHAEL MWENINGUWE
ist freier Journalist in Malawi.

raphael.mweninguwe@hotmail.com



Malawier vertrauen dem neuen Präsidenten Lazarus Chakwera.



Wütende junge Menschen protestieren in einem Vorort von Johannesburg im Juli 2015.

STAATENBILDUNG

Rechte und Pflichten

Damit Bürgerrechte zur politischen Stabilität beitragen, muss die Nationalität durch einen Gesellschaftsvertrag gestützt werden. Dieser muss ein Mindestmaß an Inklusivität gewährleisten. Denn Marginalisierung und Ausgrenzung führen zu Frustration und Ressentiments.

Von Henning Melber

Ein Gesellschaftsvertrag ist eine wechselseitige Angelegenheit. Der Staat hat Pflichten, wie etwa die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und öffentlicher Dienstleistungen. Im Gegenzug müssen die Bürger ebenfalls Pflichten übernehmen, zum Beispiel Steuern zahlen und die Gesetze befolgen. Diese sollten gerecht sein.

Es ist ein Grund zur Sorge, dass in afrikanischen multiethnischen Gesellschaften das allgemeine Verständnis für Nation und Staatsbürgerschaft eher schwach ausgeprägt ist. Staaten erbringen keine guten Dienstleistungen, und viele Menschen identifizierten sich weder mit der Gesellschaft noch mit dem Staat.

Laut UN-Statistiken wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 verdoppeln. Fast 41 Prozent der Menschen auf dem Kontinent sind unter 15 Jahre alt, während die 15- bis 24-Jährigen fast 20 Prozent ausmachen. Laut Afrikanischer Entwicklungsbank emp-

fand 2020 fast die Hälfte der erwerbstätigen Jugendlichen eine Diskrepanz zwischen den Anforderungen ihres Arbeitsplatzes und dem, was sie gelernt haben. Die meisten sind entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt.

Viele Jugendliche leben in einer Zeit der Schweben zwischen Kindheit und Erwachsensein. Zunehmend in Großstädten lebend, haben sie kaum gesellschaftliche Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten. Politisch nicht hinreichend vertreten, wird ihnen die volle Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte verweigert. Sie fordern Teilhabe und wirksame Unterstützung.

Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika hat darauf hingewiesen, dass politische Bildung die Haltung jüngerer Generationen positiv beeinflussen könnte. Es wird jedoch nicht ausreichen, junge Menschen systematisch über die Staatsbürgerschaft zu informieren. Die Regierungen müssen mehr tun, um die breite Öffentlichkeit aufzuklären. Da selbst Beamte oft wenig über staatsbürgerliche Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten wissen, sollten sich die Sensibilisierungsbemühungen auch an sie richten. Die Zusammenarbeit mit Religionsführern, Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wäre auch hilfreich.

Doch es gibt eine noch grundlegende Herausforderung: Wenn Menschen beigebracht werden soll, wie Rechte und Pflich-

ten zusammenhängen, müssen staatliche Stellen zumindest einen Teil ihrer Pflichten erfüllen. Eine gute Verwaltungsinfrastruktur muss es zum Beispiel allen ermöglichen, neugeborene Kinder zu registrieren und Geburtsurkunden zu erhalten. Die Erfassung der Bürger ist für die Bereitstellung angemessener sozialer Dienstleistungen unerlässlich – etwa für die Grundschulbildung oder für die Verwaltung der Wahlbeteiligung. Ausweisdokumente sind nützlich, um Rechte einzufordern, und sie erhöhen die Identifikation der Menschen mit dem Staat.

Doch leider verfügt kein afrikanisches Land über ein vollständig funktionierendes System der Geburtenregistrierung, auch wenn sich die Lage vielerorts verbessert hat. Auch die Sozialsysteme machen Fortschritte. Internationale Finanzinstitutionen haben diesen Trend in gewissem Maße unterstützt. Die Geschichte zeigt, dass Staatenbildung oft durch soziale Sicherungssysteme gestärkt wurde (siehe Markus Loewe im Schwerpunktteil des E+Z/D+C e-Paper 2018/11): Wenn sich ein Staat im Alltag als nützlich erweist, beginnen die Menschen sich mit ihm zu identifizieren.

Die Menschenrechtswissenschaftlerin Bronwen Manby hat darauf hingewiesen, dass „Staatsangehörigkeit nicht nur ein Rechtsbegriff ist, sondern auch eine zutiefst politische Frage der Selbstdefinition“. Sie hat recht. Die politischen Entscheidungsträger müssen diese Fragen berücksichtigen, wenn sie nachhaltige Staaten mit einem starken sozialen Zusammenhalt schaffen wollen.

QUELLE

Melber, H., Bjarnesen, J., Hallberg Adu, K., Lanzano, C., Mususa, P., *The politics of citizenship: social contract and inclusivity in Africa*. Uppsala: Nordic Africa Institute 2020.
<http://nai.diva-portal.org/smash/record.jsf?pid=diva2%3A1508597&dswid=3100>



HENNING MELBER
 ist ehemaliger
 Forschungsdirektor des
 Nordic Africa Institute und
 emeritierter Direktor der Dag

Hammarskjöld Foundation. Beide haben ihren Sitz in Uppsala, Schweden. Er ist außerdem Extraordinary Professor an der University of Pretoria und der University of the Free State in Bloemfontein.

henning.melber@nai.uu.se



Im Kampf gegen die Erderwärmung läuft die Zeit davon: Protest von Fridays for Future in Malindi 2021.

lungsländer erheben vor Glasgow deshalb gemeinsame Forderungen: eine schnellere Verringerung der Emissionen; mehr finanzielle Unterstützung durch reiche Länder; und eine transparente Berichterstattung über Fortschritte. Sie tun das mit Recht.

Neben der moralischen Verpflichtung haben die Industrieländer auch ein großes Eigeninteresse daran, den Temperaturanstieg niedrig zu halten. Zwar können sie sich relativ gut vor den Klimafolgen schützen. Auch für sie gilt aber: Neben den Auswirkungen auf Leib und Leben werden allein schon die wirtschaftlichen Folgen gravierend sein: Bei einer 2-Grad-Erwärmung bis 2050 würde das Bruttoinlandsprodukt von Nordamerika um 6,9 Prozent niedriger liegen als in einer Welt ohne Klimawandel, so die Prognose von Swiss Re, einem führenden Anbieter von Rückversicherungen. Für Europa rechnen die Schweizer mit einem Minus von 7,7 Prozent. Je stärker die Erwärmung, desto stärker die ökonomischen Einbußen.

Einen größeren Eindruck als solche Zahlen dürften für viele Menschen in Industrieländern aber die Ereignisse des Sommers 2021 hinterlassen: In den USA wüten an der Westküste verheerende Waldbrände, die Ostküste versinkt in Überschwemmungen. In Kanada treibt eine Hitzewelle den Temperaturrekord auf unglaubliche 49,5 Grad Celsius. In Japan verursachen Starkregen tödliche Erdbeben und Hochwasser. Und in Deutschland sterben mindestens 180 Menschen bei einer Flutkatastrophe, die Schäden gehen allein hier in die Milliarden. Nicht alle Unwetterkatastrophen lassen sich zwar kausal auf die Klimakrise zurückführen. Aber klar ist: Mit fortschreitender Erhitzung werden immer mehr extreme Wetterereignisse auftreten.

Für die Industrieländer sollte der vergangene Sommer deshalb eine letzte Warnung gewesen sein: Sie müssen ihre Pläne endlich ernsthaft am Paris-Ziel ausrichten. Es liegt in erster Linie an ihnen, ob der Gipfel in Glasgow zur Enttäuschung gerät – oder doch zu einem Moment der Hoffnung.



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur von **E+Z**
Entwicklung und
Zusammenarbeit/D+C
Development and

Cooperation.
eu.editor@dandc.eu

UNSERE SICHT

Industrieländer müssen in Glasgow liefern

Die bevorstehende UN-Klimakonferenz im schottischen Glasgow ist das wichtigste Treffen seit Paris 2015. Das Pariser Klimaabkommen war ein Moment der Hoffnung: Die Menschheit kann sich gemeinsam gegen die globale Katastrophe stemmen. Seither stieg der Anteil an Kohlendioxid in der Atmosphäre weiter an, die Klimakrise ist längst da. Noch ist es aber möglich, das Schlimmste abzuwenden. Damit das gelingt, müssen die reichen Industrieländer jetzt ihre Klimapläne konsequent verschärfen und Länder mit niedrigen Einkommen stärker unterstützen.

Von Jörg Döbereiner

Schon jetzt haben wir die Erde durch den Ausstoß von Treibhausgasen um mehr als ein Grad erwärmt. Und selbst in den optimistischsten Szenarien des aktuellen Sachstandsberichts des Weltklimarats wird die globale Oberflächentemperatur vorerst weiter steigen – mindestens bis zur Mitte des Jahrhunderts. Es bleibt also kaum Zeit, um das Ziel von Paris einzuhalten: die globale Erhitzung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, möglichst auf nicht mehr als 1,5 Grad Celsius.

Zu diesem Ziel müssten eigentlich auch die nationalen Klimapläne der Länder passen, die sogenannten Nationally Determined Contributions (NDC). Sie zeigen, wie ambitioniert die Regierungen ihre Emissionen verringern. Glasgow ist auch deshalb so wichtig, weil dort die aktualisierten Klimapläne zur Debatte stehen.

Leider haben aber viele Staaten ihre Klimapläne bis jetzt noch nicht aktualisiert, obwohl sie dazu verpflichtet sind, wie das Projekt Climate Action Tracker (CAT) berichtet. Nicht viel besser machen es jene, die ihre Pläne zwar aktualisiert haben, allerdings nur unzureichend. Das gilt für viele reiche Industriestaaten, auch für die EU und die USA. Aktuell sind viel zu wenige nationale Pläne mit dem 1,5-Grad-Ziel vereinbar.

Das mangelnde Engagement der Industriestaaten ist inakzeptabel. Sie tragen eine besondere Verantwortung, weil sie einen relativ hohen Anteil der Treibhausgasemissionen seit der Industrialisierung verursacht haben. Zugleich leiden gerade Länder mit niedrigen Einkommen besonders unter den Folgen des Klimawandels. Das ist zutiefst ungerecht. Die Entwick-

IWF

Georgieva bleibt am Steuer

Kristalina Georgieva leitet weiterhin den Internationalen Währungsfonds (IWF). Das Exekutivdirektorium hat sie trotz eines Skandalen aus ihrer Weltbankzeit im Amt bestätigt.

Von Hans Dembowski

Georgieva soll als Chief Executive der Weltbank Informationen manipuliert haben. Ein Expertenbericht, der im Auftrag der Weltbank entstand, besagt, sie habe das Team, das den Ease of Doing Business Index 2018 verfasste, unter Druck gesetzt, sodass China vom 85. auf den 78. Platz im Index aufstieg.

Nein, das Spitzenmanagement einer multilateralen Institution darf sich nicht in Expertenurteile seiner Fachleute einmischen. Derlei unterhöhlt Vertrauen. Dennoch war die Entscheidung des IWF-Exekutivdirektoriums richtig, an Georgieva festzuhalten (sofern denn kein weiteres belastendes Material auftaucht). Sie hat gute Arbeit geleistet – etwa mit Blick auf Covid-19, die Klimakrise oder neue Sonderziehungsrechte (siehe Kathrin Berensmann in der Debatte des E+Z/D+C-e-Paper 2021/10).

Tatsächlich sind Georgievas Weltbanksünden eher gering. Manche Kritiker sagen, sie habe Investoren, die den Doing-Business-Index für Entscheidungen heranziehen, schwer geschadet. Das ist arg übertrieben. Wenn ein Großprojekt in zwei recht ähnlichen Ländern möglich ist, kommt es möglicherweise auf den Index an – also wenn es etwa um Malawi oder Sambia geht. China ist aber einzigartig.

Nur Indien gehört in dieselbe Bevölkerungsgrößenkategorie wie die Volksrepublik China, ist aber deutlich ärmer. Nur die Volkswirtschaft der USA ist größer als Chinas, der Binnenmarkt ist entsprechend riesig. Das kommunistische Regime hat über Jahrzehnte spektakuläres Wirtschaftswachstum ermöglicht, fühlt sich aber nicht an Rechtsstaatlichkeit gebunden. Für Investoren ist die Volksrepublik also kein leichtes Terrain. Für amtliche Informationen wird auch keine Sprache einer früheren europäischen Kolonialmacht verwendet. Niemand,

der in diesem besonderen Land eine Investition erwägt, will wissen, ob es in irgendeinem internationalen Index in den mittleren 80ern oder den hohen 70ern rangiert.

Ohnehin müssen Indices, egal wie gut sie konzipiert sind, mit Vorsicht betrachtet werden. Sie bieten keine objektive Messlatte, die an die Wirklichkeit angelegt werden könnte. Wie leicht beispielsweise die Geschäftstätigkeit fällt, hängt von vielen Faktoren ab. Drei der vom Doing-Business-Index erfassten sind die Zeit, die jeweils nötig ist, um:

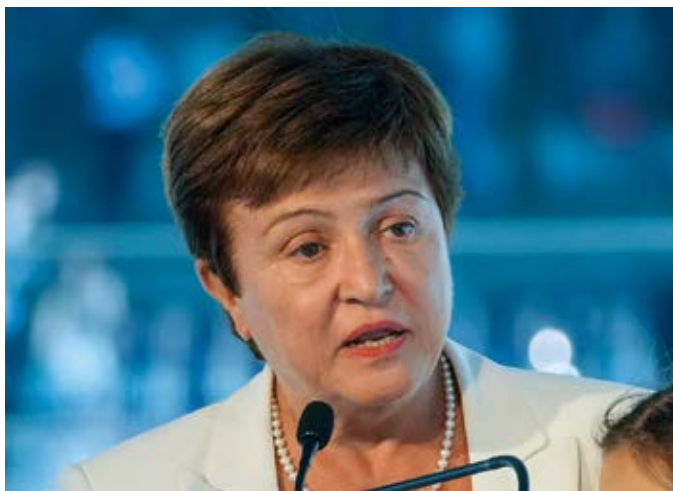
- eine neue Firma anzumelden,
- eine Baugenehmigung zu bekommen und
- eine Steuererklärung fertigzustellen.

Alle drei sind offensichtlich wichtig. Es ist aber nicht klar, ob sie gleich wichtig sind – und, falls nicht, wie sie gewichtet werden sollen. Die Fachdebatte darüber, welche Formel für die Errechnung einer einzigen Kennzahl auf der Basis von diversen Indikatoren für solche Dinge taugt, endet nie. Normalerweise wird die Methode für die Erstellung eines globalen Index deshalb über die Jahre modifiziert.

Als der Doing-Business-Index nach der Jahrtausendwende eingeführt wurde, bewertete er auch, wie leicht Mitarbeiter

entlassen werden konnten. Das war umstritten. Was für ein Firmenmanagement gut scheinen mag, muss weder für seine Branche noch für die Volkswirtschaft insgesamt gut sein. Der Streit, wie Kündigungsrecht zu messen sei, hielt an, bis beschlossen wurde, dieses hochrelevante, aber schwer zu messende Thema im Index gar nicht mehr zu erfassen.

Kürzlich beschloss die Weltbank, die Doing-Business-Serie einzustellen. Der Reputationsschaden ist zu groß – und nicht nur wegen Georgieva. Ein früherer Chefvolkswirt der Weltbank sah sich beispielsweise gezwungen, Chile um Entschuldigung zu bitten, weil das Ranking dieses Landes während der Präsidentschaft der Sozialistin Michelle Bachelet künstlich niedrig gehalten wurde. Auffällig ist auch, dass China nach Georgievas Abschied von der Welt-



Kristalina Georgieva bleibt Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF).

bank noch schneller im Index aufstieg. 2020 belegte es den 31. Rang.

Regierungen von Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen schätzen Georgieva generell. Sie hat ein Ohr für ihre Sorgen. Dabei spielt vermutlich eine Rolle, dass sie als Erste an der IWF-Spitze selbst aus einem Entwicklungsland kommt: Bulgarien ist ein Land mit höheren mittleren Einkommen.



HANS DEMBOWSKI ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



Editorial office D+C
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Imprint: ow.ly/N8V30kfngm

Frankfurt, Germany dandc.eu Seit Januar 2010 bei Twitter

2.227 Folge ich 13.781 Follower

Tweets Tweets und Antworten Medien Gefällt mir

D+C Editorial office D+C @forumdc · 7 Std.
Only a few days left until the #UN #climate summit takes place in #Glasgow.

What must happen for the summit to inspire new hope for sufficient #ClimateAction? Our editor Jörg Döbereiner analysed the situation.

@joergxn #COP26 #COP26Glasgow @UNFCCC



dandc.eu
Industrial countries have to scale up their action as ...
The upcoming UN climate summit in Glasgow, Scotland, will be the most important conference ...

D+C Editorial office D+C @forumdc · 23 Std.
As in many developing countries, masses of women are slaving away in

Twitter durchsuchen

Neu bei Twitter?

Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten:

Mit Google anmelden

Mit Apple registrieren

Mit Telefonnummer oder E-Mail-Ad...

Indem du dich registrierst, stimmst du den Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Datenschutzrichtlinien sowie der Nutzung von Cookies zu.



Was dir gefallen könnte

 **CEDEAO - ECOWAS**
@Djibolol **Folgen**

 **HOLY LAND MAN origi**
@HOLY LAND MAN **Folgen**

 **ALTRAC**
@ALTRAC_AG **Folgen**

Mehr anzeigen



SCHWERPUNKT

Unverzichtbare Ökosysteme

„Eine weitere ungebremste Abnahme der biologischen Vielfalt führt die Menschheit in eine Katastrophe. Es gäbe mehr Hunger.“ **SUNDUS SALEEMI AUF SEITE 21**

„Jahrhundertlang haben afrikanische Bauern Sorten gezüchtet, die sehr gut an ihre Umgebung angepasst sind. Diese sogenannten „Landsorten“ zeichnen sich durch eine hohe genetische Vielfalt aus.“
RABSON KONDOWE AUF SEITE 23

„Allerdings stehen hohe Erträge und Biodiversität nur bis zu einem gewissen Ausmaß im Widerspruch. Tatsächlich könnten sie sich sogar gegenseitig befruchten, wenn wir Land ökologisch und vielfältig nutzen.“
SUSANNE NEUBERT AUF SEITE 25

„Die Menschheit braucht maritime Ressourcen. Also müssen diese so genutzt werden, dass sie auch langfristig verfügbar sind.“
WANJOHI KABUKURU AUF SEITE 28

„Survival International, eine in London ansässige Menschenrechtsorganisation, schlägt Alarm. Sie besteht darauf, dass das Land der Onge nicht erschlossen werden darf, ohne dass das indigene Volk vorher frei und auf Basis solider Information zugestimmt hat.“
ANUP DUTTA AUF SEITE 30

„Nach Angaben des Weltbiodiversitätsrats IPBES ist 1 Million der geschätzten 8 Millionen Spezies auf der Erde derzeit vom Aussterben bedroht.“
FRIEDERIKE BAUER AUF SEITE 32

Bodenfruchtbarkeit hängt von kleinen Tieren und Mikroorganismen ab.



Eine Frage des Überlebens

Die Ernährungssicherheit der Menschheit hängt von Artenvielfalt und Ökosystemdienstleistungen ab. Hightech-Landwirtschaft ist Teil des Problems, nicht der Lösung.

Von Sundus Saleemi

Die meisten Länder haben die UN-Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD) unterzeichnet. 1992 auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro beschlossen, trat sie Ende 1993 in Kraft, nachdem 60 Staaten es ratifiziert hatten.

Die CBD ist eine Anerkennung des Wertes der biologischen Vielfalt auf der Erde sowie ihrer Bedeutung für die Menschheit. Ziele des Übereinkommens sind Schutz, Erhalt und Wiederherstellung der Artenvielfalt. Dazu zählen Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen. Nicht nur die Diversität zwischen den Arten ist wichtig, sondern auch die genetische Vielfalt innerhalb der Arten.

Wie überlebensfähig die Erde ist, hängt von der Biodiversität ab – nicht nur, weil Artensterben und Klimakrise zusammenhängen (siehe Kasten nächste Seite). Eine weitere ungebremste Abnahme der biologischen Vielfalt führt die Menschheit in eine Katastrophe. Es gäbe mehr Hunger, und es würde noch schwieriger, die ersten beiden UN-Nachhaltigkeitsentwicklungsziele (keine Armut, keinen Hunger) zu erreichen.

Wie die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Food and Agriculture Organization – FAO) schätzt, litten 2020 fast zehn Prozent der Weltbevölkerung unter Hunger und 12 Prozent unter massiver Ernährungsunsicherheit. Gravierend sind auch Unter- und Fehlernährung. Nährstoffmangel schwächt die Gesundheit, es kommt zu Unterentwicklung (stunting/zu klein für das Alter) – aktuell bei 22 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren weltweit – und Auszehrung (wasting/zu leicht für die jeweilige Größe) bei sieben Prozent. Die Corona-Pandemie hat die Probleme verschärft und dazu geführt, dass 2020 mehr Menschen hungerten als 2019.

Insofern ist es wichtig zu verstehen, wie Artenvielfalt und Ernährungssicherheit zusammenhängen. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei sind von Biodiversität abhängig. Artenschwund und Abnahme genetischer Vielfalt innerhalb der Arten mindert die Produktivität und kann

Fisch und erlegten Tieren. Aber auch reiche Länder nutzen solche Nahrungsquellen. Die weltweit konsumierten Fische und Meeresfrüchte stammen überwiegend aus natürlichen Ressourcen, nicht aus Aquakulturen.

Jedoch brauchen auch kultivierte Feldfrüchte Ökosystemdienste, vor allem für Bestäubung, Bodengesundheit und Schockbeständigkeit. Ökosystemdienste beeinflussen zudem Mikroklima, Wasserversorgung und Luftqualität. Bienen sind die wichtigsten Bestäuber. Nachweislich wird die Bestäubung durch Bienen besser, je mehr es auch andere Insektenpopulationen



Bienen sind die wichtigsten Bestäuber.

etablierte landwirtschaftliche Praktiken unrentabel machen.

Dienstleistungen von Ökosystemen

Die CBD definiert Ökosystemdienstleistungen als „Nutzen, den die Menschen aus Ökosystemen ziehen“. Sie basieren auf Biodiversität. Ihr Hauptnutzen ist, dass sie Nahrungsproduktion ermöglichen. In Entwicklungsländern ernähren sich viele Menschen von wild gewachsenen Lebensmitteln wie Früchten, Gemüse, Knollen,

gibt. Der globale Schwund von Bienen und anderen Insekten beeinträchtigt aktuellen Studien zufolge die Ernten. Tatsächlich dienen auch andere Insekten und sogar Fledermäuse und Vögel als Bestäuber.

Laut Studien im Auftrag der UN sind Landinsektenbestände in den vergangenen 40 Jahren jährlich um ein bis zwei Prozent geschrumpft. Zugleich waren tierabhängige Kulturen um 13 Prozent weniger ertragreich als andere. Einer Publikation für den UN-Gipfel für Ernährungssysteme zufolge werden 75 Prozent aller Kulturpflanzen – dar-

unter Früchte, Gemüse und Nutzpflanzen – von Tieren bestäubt.

Biodiversität in Böden macht Äcker ertragreicher. Gesunde Böden ermöglichen größere Ernten. Die Bodenqualität hängt von Mikroorganismen, Insekten und kleinen Tieren ab, die dabei helfen, Materie in wesentliche Nährstoffe zu zersetzen und dafür sorgen, dass Böden nährstoffreich bleiben. Mikroorganismen sind zentral für Stickstoff- und andere Nährstoffzyklen. Bakterien binden atmosphärischen Stickstoff und bauen Proteine in abgestorbenen organischen Stoffen ab, wobei die Verbindungen das Pflanzenwachstum fördern. Regenwürmer verbessern die Beschaffenheit der Erde. Viele Organismen sind symbiotisch miteinander verbunden.

Auch landwirtschaftliche Schockbeständigkeit hängt von der Vielfalt ihrer Pflanzen und Tiere ab. Je größer die Diversität, desto unwahrscheinlicher sind Schäden durch Extremwetter oder neue Krankheiten.

Hängt die menschliche Lebensmittelversorgung von einer einzigen Nutzpflanze ab, kann das zur Katastrophe führen – wie in den 1840er Jahren in Irland, als die Kartoffelfäule eine Hungersnot auslöste. Genetische Vielfalt kultivierter Arten hilft zudem dabei, dass die Anbausysteme Trockenheit, Hitze oder übermäßigem Regen eher stand

halten. Daher empfiehlt die FAO Bauern in Äthiopien und der Sahelzone den systematischen Anbau verschiedener Arten. Da Schocks dann nicht alle Pflanzen gleichermaßen betreffen, lassen sich so verheerende Ernteaussfälle verhindern. Umweltschützer betonen seit Jahrzehnten, wie wichtig traditionelle Landrassen sind (siehe Interview mit Melaku Worede in E+Z/D+C 2012/03, S. 102).

Zuweilen wird behauptet, Hightech-Landwirtschaft mit hybridem Saatgut, neuartigen Pestiziden und üppiger Düngung werde die Menschheit retten. Das ist ein Irrtum. Monokulturen sind extrem anfällig, Pestizide giftig und Dünger in der Herstellung energieaufwändig. Tatsächlich sind solche Lebensmittelproduktionssysteme starke Treiber für den Verlust von Biodiversität. Sie reduzieren Genpools, die es erleichtern Sorten zu züchten, die gegen diverse Arten von Schocks resistent sind.

FORSCHER SCHLAGEN ALARM

Die Wissenschaft erfasst immer besser, wie landwirtschaftliche Produktivität und biologische Vielfalt zusammenhängen. Doch aktuelle Trends sind alarmierend. Der Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services – IPBES) errechnete 2019, dass rund eine

Million Pflanzen- und Tierarten vom Aussterben bedroht sind. Vermeintlich „moderne“ Agrar-Praktiken sind Teil des Problems. Mit Sitz in Bonn ist die IPBES ein Äquivalent des Weltklimarats (IPCC); beide Institutionen veröffentlichen regelmäßig Berichte.

Die Menschheit hat zu lange gebraucht, die ökonomische Bedeutung von Ökosystemen voll zu erfassen. Da diese Systeme kostenlos erhältlich sind, setzten „ökonomische“ Modelle sie als selbstverständlich und gratis voraus. Das muss korrigiert werden, wie eine eindringliche, im Auftrag der britischen Regierung erstellte Studie fordert. Hauptautor des Berichts war Partha Dasgupta von der Universität Cambridge (siehe Katja Dombrowski in der Rubrik Magazin des E+Z/D+C e-Papers 2021/04). Unsere Zukunft hängt von einem schnellen und entschiedenen Einsatz gegen den Schwund der Artenvielfalt ab.



SUNDUS SALEEMI
ist Wissenschaftlerin am
Zentrum für
Entwicklungsforschung (ZEF)
der Universität Bonn. Sie

arbeitete kürzlich mit der unabhängigen
Forschungsgruppe zusammen, die den
UN-Gipfel für Ernährungssysteme im
September 2021 beriet.
sundus.saleemi@gmail.com

Einander verstärkende UN-Abkommen

Ökosystemdienste sind zur Eindämmung der Klimakrise zentral. Sie binden atmosphärischen Kohlenstoff und reduzieren so die Treibhausgase in der Atmosphäre. Die sogenannte Sequestration verläuft sehr komplex, so dass sich nicht sagen lässt, wie genau sie sich auswirkt. Bekannt ist, dass die Wechselwirkung sehr bedeutsam ist.

Die Forschung legt nahe: Je biodiverser ein Ökosystem ist, desto mehr CO₂ kann es binden. Ozeane und Meere

etwa ziehen Kohlendioxid aus der Atmosphäre und lösen es im Wasser, wo Algen und Wasserpflanzen es aufnehmen. Sie speichern den Kohlenstoff oder wandeln ihn in ökologisch wertvolle Verbindungen um. Auf diese Weise beruht auch das Kohlenstoffspeichervermögen von Wäldern auf deren Artenvielfalt.

Klimakrise und schwindende Artenvielfalt verstärken einander somit. Die globale Erwärmung gefährdet die Arten,

zugleich treibt ihr Rückgang die globale Erwärmung an. Die Menschheit muss beides in den Griff bekommen.

Es kam nicht von ungefähr, dass beim UN-Gipfel in Rio 1992 drei zusammengehörende multilaterale Abkommen getroffen wurden: das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD), die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und das Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD). Die Klimarahmenkonvention fand öffentlich mehr Beachtung als das CBD, das UNCCD weniger.

Das CBD wird ähnlich umgesetzt wie das UNFCCC: Bei regelmäßigen Konferen-

zen der Vertragsparteien (COP) bewerten die UN-Mitgliedsstaaten jüngste Trends und einigen sich auf globale Ziele (siehe Günther Mitlacher in der Debatte des E+Z/D+C e-Papers 2019/01). Die COP 15 sollte dieses Jahr in Kunming in China stattfinden. Wegen der Corona-Pandemie fand der erste Teil im vergangenen Monat nur digital statt, und die entscheidenden Präsenz-Sitzungen wurden auf den 28. April bis 8. Mai 2022 verschoben. Es soll ein Plan verabschiedet werden, der dem Pariser Klimavertrag ähnelt und etwa das Ziel festlegen könnte, die Aussterberate um den Faktor zehn zu reduzieren. SAL

LANDEBEN

Bauern über Ökosysteme aufklären

Eine zivilgesellschaftliche Organisation in Malawi leistet Aufklärung in ländlichen Gemeinden. Eine ihrer Botschaften ist, dass die Landwirtschaft Bestäuber braucht – und der Einsatz chemischer Pestizide schadet.

Von Rabson Kondowe

Die große Insektenvielfalt in Malawi ist wertvoller, als viele Landwirte glauben. Sie ist entscheidend für eine nachhaltige Landwirtschaft. Die zivilgesellschaftliche Organisation Soil, Food and Healthy Community (SFHC) will die Situation verbessern. „Wir fordern die Landwirte auf, keine Pestizide einzusetzen“, sagt Laifolo Dakishoni vom SFHC. „Chemikalieneinsatz tötet alle Insekten, auch die nützlichen Bestäuber.“

SFHC betreibt ein Forschungs- und Ausbildungszentrum in Ekwendeni im Norden des Landes. „Wir versuchen den Bauern zu vermitteln, das Ökosystem als eine Einheit zu sehen“, erklärt Dakishoni. Um ein Ökosystem zu erhalten, dürfe man keine wichtigen Organismen zerstören.

SFHC begann seine Arbeit vor zwei Jahrzehnten. Laut Dakishoni nahmen die meisten Bauern die Behauptung, einige Insekten seien gut für ihre Pflanzen, nicht ernst. SFHC bezog sie in die Forschung ein. Sie konnten sich persönlich davon überzeugen, dass bestäubende Insekten den entscheidenden Unterschied machen. „Zum Beispiel haben wir Kürbisblüten zum Schutz vor Insekten mit einem Netz abgedeckt und andere Blüten unbedeckt und für Insekten zugänglich gelassen“, so der Aktivist. Die Ergebnisse waren eindeutig. Die abgedeckten Blumen starben ab, aber dort, wo die unbedeckten Blüten bestäubt worden waren, wuchsen Kürbisse.

Die Erträge der Bauern in Malawi sind niedrig, viele sind sehr arm. In Dakishonis Augen sind die vermeintlich modernen landwirtschaftlichen Praktiken Teil des Problems und nicht der Lösung, da beispielsweise der Einsatz synthetischer Chemikalien mehr schadet als nützt. Das heißt nicht, dass Schädlinge nicht bekämpft werden sollen. Aber SFHC lehrt die Dorfgemeinschaften,

Insekten zu bekämpfen, ohne auf umweltschädliche synthetische Pestizide zurückzugreifen (siehe Kasten nächste Seite).

Zu lange sei die landwirtschaftliche Biodiversität vernachlässigt worden, sagt er. In Wahrheit hilft die Pflanzen- und Tiervielfalt den Betrieben, Schocks zu bewältigen. Bestäubung ist nur eines von vielen relevanten Themen. Monokulturen sind anfällig, Vielfalt macht Systeme widerstandsfähiger.

TRADITIONELLE LANDSORTEN SIND WICHTIG

Jahrhundertlang haben afrikanische Bauern Sorten gezüchtet, die sehr gut an ihre Umgebung angepasst sind. Diese sogenannten „Landsorten“ zeichnen sich durch eine hohe genetische Vielfalt aus. Melaku Worede, der äthiopische Forscher, der 1989 den Right Livelihood Award gewann, und andere Wissenschaftler argumentieren seit Jahrzehnten, dass sie den lokalen Bedürfnissen entsprechen (siehe das Interview mit ihm im E+Z/D+C Druckheft 2012/03, S. 102).

Es gehörte früher zum Wissen der Dörfer, welche traditionelle Sorte unter welchen Umständen am besten geeignet ist. Manche

brauchen wenig Wasser und kommen gut mit Hitze zurecht, andere überleben Überschwemmungen oder sind resistent gegen Schädlinge. Die große Vielfalt der Landsorten bietet lokal angepasste Pflanzen für alle Arten von Wetter, Böden und Standorte.

Paradoxerweise nutzen kommerzielle Züchter genetische Informationen von Landsorten, um ertragreiches Saatgut zu optimieren. Worede und andere umweltbewusste Forscher betonen, dass die Hightech-Landwirtschaft ohne die genetischen Ressourcen der traditionellen Landwirtschaft nicht lebensfähig ist, während die traditionellen Betriebe meist keine teuren Hightech-Inputs brauchen. Der Anbau von Hybriden mit Hilfe des intensiven Einsatzes von Agrochemikalien mag zwar zu höheren Hektarerträgen führen, ist aber nicht nachhaltig. Für die meisten afrikanischen Kleinbauern ist er unerschwinglich.

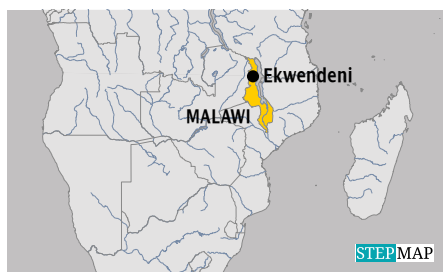
Malawi ist eines der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern. In den vergangenen Jahren haben häufige Dürreperioden die Nahrungsmittelproduktion stark beeinträchtigt und die Ernährungssicherheit verringert. Laut Welthungerindex 2020 liegt das Land auf Platz 80 von 107 Ländern.

SFHC will die Situation verbessern, indem sie agrarökologische Anbaumethoden fördert. Die Organisation arbeitet derzeit mit mehr als 6000 Bauern in über 200 Dörfern in Nord- und Zentralmalawi zusammen.



Landwirte stellen organische Pestizide her.

Foto: SFHC



men. Die Bauern werden ermutigt, lokale Sorten anzubauen. SFHC rät ihnen auch, mehrere verschiedene Arten von Nutzpflanzen auf einem Feld anzubauen. Nach Ansicht von Experten sind die Landsorten wichtig, um die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen. Pflanzenvielfalt stärkt die Resilienz der Betriebe.

In Ekwendeni haben die Bauern der Region bereits eine bessere Zukunft. Mwapi Mkandawire ist eine davon. Ihr Betrieb ist sehr vielfältig, sie baut Mais, Soja und Erdnüsse ohne synthetische Chemikalien an. Und sie freut sich über die Ernten: „In mei-

nem Haushalt gibt es keine Ernährungsunsicherheit, nicht im Geringsten.“

Außerdem erzielen die Kleinbauern durch den Verkauf von Ernteüberschüssen Einkommen. Davon hat Tapiwa Mkandawire profitiert. Er erklärt: „Meine Familie hat durch die angebauten Pflanzen nicht nur Essen auf dem Tisch, sondern ich kann auch einen Teil davon verkaufen.“ Früher war das nicht möglich.

Sobald die Farmer von SFHC geschult wurden, helfen sie ihren Kollegen in der Gemeinde, indem sie das Gelernte weitergeben – etwa die Nutzung von Kompost, um Kosten für teure Düngemittel zu senken, und den Einsatz organischer Pestizide. Die allgemeine Erfahrung ist, dass die Ernteerträge sich verbessern und das Einkommen der Bauersfamilien steigt.

Auch andere zivilgesellschaftliche Organisationen bemühen sich um das Thema. So hat Slow Food International landesweit mehr als 450 Schul- und Gemeinschaftsgärten angelegt, die allesamt weder chemische Pestizide noch Düngemittel verwenden (sie-

he meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/11). Die Gärten dienen Ausbildungszwecken mit dem doppelten Ziel:

- eine lokale lebensfähige Landwirtschaft und
- eine gesunde und wohlschmeckende Nahrung für die Menschen sicherzustellen.

Laut Dakishoni von SFHC erweist sich der Erhalt der Biodiversität in Malawi als schwierig. Das liegt daran, dass Regierung und zivilgesellschaftliche Aktivisten auf verschiedenen Ebenen arbeiten, ohne sich zu koordinieren. „Es gibt einige Organisationen, die sich für den Erhalt der Artenvielfalt im Land einsetzen“, sagt er. Wenn die Beteiligten mehr über das Tun der anderen wüssten, wäre die Wirkung größer und die Maßnahmen könnten wirksamer umgesetzt werden.



RABSON KONDOWE
ist Journalist und lebt in
Blantyre, Malawi.

kondowerabie@gmail.com

Umweltfreundliche Schädlingsbekämpfung

Der ökologische Landbau kommt ohne synthetische Pestizide aus. Es gibt verschiedene Möglichkeiten zur Schädlingsbekämpfung.

Eine davon ist die so genannte Malaise-Falle, die ungewünschte Insekten auf einem Feld reduzieren kann. Sie besteht aus Netzen, die in einer zeltartigen Struktur aufgestellt werden. Insekten, die in die Falle fliegen, werden – zum Beispiel durch Licht – in einen mit Alkohol gefüllten Topf geleitet, wo sie sterben. Der schwedische Forscher René Malaise erfand die Methode im frühen 20. Jahrhundert.

In Malawi bringt die zivilgesellschaftliche Organisation Soil, Food and Health Commu-

nity (SFHC) Bauern bei, wie sie anzuwenden ist. Das ist nicht einfach. Die Fallen müssen an der richtigen Stelle und auf die richtige Weise aufgestellt werden. Der große Vorteil ist, dass

ihre Wirkung sich auf das betreffende Feld beschränkt.

Mit Hilfe norwegischer und kanadischer Experten schult SFHC malawische Bauern in der Herstellung eigener biologischer Pestizide. Sie sind weniger giftig als Hightech-Chemikalien und können gezielt eingesetzt werden. Ein großer Vorteil ist, dass sie natürlich abgebaut werden.



Eine von SFHC in Malawi aufgestellte Malaise-Falle.

Synthetische Pestizide haben meist schwer abbaubare Bestandteile, die die Umwelt langfristig schädigen. Zudem sind Lebensmittel, die mit organischen Pestiziden hergestellt werden, normalerweise nicht mit giftigen Partikeln belastet.

Global gesehen, ist es wichtig, weniger synthetische Pestizide zu nutzen. Das fordert das umsichtige Chemikalienmanagement (siehe Hans-Christian Stolzenberg im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2021/03). Eine weitere Intensivierung in der Weltwirtschaft würde zur Katastrophe führen.

Entsprechend fördert SFHC Felder mit lokalem Dung und Ernterückständen anstelle von industriell hergestellten Düngemitteln zu düngen. Beide biologischen Ansätze – bei der Schädlingsbekämpfung und der Düngung – schützen das lokale Ökosystem und steigern gleichzeitig die Erträge. RK



Land kann mehrere Funktionen zugleich erfüllen: Agroforstwirtschaft in Ost-Timor.

LANDWIRTSCHAFT UND BIODIVERSITÄT

Das Trilemma der Landnutzung entschärfen

Die globale Nutzung von Land ist derzeit nicht nachhaltig. Sie verschwendet Ressourcen und zerstört Biodiversität, sowohl in Entwicklungs- als auch in Industrieländern. Wir müssen deshalb unsere Gemeinsame Agrarpolitik zu einer Gemeinsamen Ökosystempolitik weiterentwickeln.

Von Susanne Neubert

Land ist weltweit ein knappes Gut geworden. Wir beanspruchen es für verschiedene wichtige Zwecke, von denen drei in der Diskussion um nachhaltige Landnutzung besonders hervorzuheben sind:

- die Sicherung unserer Ernährung durch Landwirtschaft,
- der Erhalt von Biodiversität in natürlichen Ökosystemen, etwa durch Schutzgebiete und
- Klimaschutz, beispielsweise durch die Wiederaufforstung entwaldeter Flächen.

Alle drei Arten der Nutzung sind wünschenswert, sie konkurrieren allerdings um die knappe Ressource Land. Das bringt uns in ein sogenanntes Trilemma: Wenn wir auf einer begrenzten Fläche Land eine dieser drei Nutzungsformen realisieren, laufen wir Gefahr, die anderen beiden zu vernachlässigen.

Besonders zugespitzt zeigt sich das Problem in der Diskussion um Landwirtschaft und Biodiversität: Wer in der konventionellen Landwirtschaft hohe Flächenerträge erzielen möchte, dezimiert üblicherweise die Vielfalt auf dem Acker, zum Beispiel mit Unkrautbekämpfungsmitteln. Die gegenwärtige Biodiversitätskrise ist insofern als Teil des Trilemmas der Landnutzung zu verstehen. Allerdings stehen diese beiden Ziele – hohe Erträge und Biodiversität – nur bis zu einem gewissen Ausmaß im Widerspruch. Tatsächlich könnten sie sich sogar gegenseitig befruchten, wenn wir Land ökologisch

und vielfältig nutzen und die sogenannten Ökosystemleistungen von Organismen wie Nützlingen und Bestäubern bewusst einsetzen beziehungsweise diese Vorgänge intensivieren. Dazu gehört, auch die Artenvielfalt auf den genutzten Flächen viel stärker zu berücksichtigen als bisher.

Biodiversität lässt sich in mindestens drei Kategorien einteilen:

- die Biodiversität natürlicher Ökosysteme oder Landschaften,
- die Agro-Biodiversität, also die Biodiversität von Ackerflächen mit der typischen dort anzutreffenden Flora und Fauna und
- die Biodiversität der gezüchteten Pflanzen- und Tierarten, Sorten und Rassen, die man als genetische Ressourcen bezeichnet.

Hinsichtlich aller drei Kategorien befinden wir uns heute in einem Notstand, weil wir auf allen Ebenen ein Massensterben dieser Vielfalt verzeichnen müssen. Um das beschriebene Trilemma der Landnutzung zu entschärfen, hilft es, die beiden ersten Biodiversitätskategorien zu betrachten, die in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen.

ZERSTÖRUNG NATÜRLICHER BIODIVERSITÄT

Die Landwirtschaft ist Grundlage unserer Ernährung und damit unverzichtbarer Teil der Landnutzung. Sie bringt seit jeher Flächenumwandlungen mit sich, die auch heute noch hohe CO₂-Emissionen verursachen und die natürliche Biodiversität weltweit dezimieren. Solche großflächigen Rodungen finden zum einen in Ländern mit geringer landwirtschaftlicher Flächenproduktivität statt, die gleichzeitig ein hohes Bevölkerungswachstum aufweisen, wie es in nahezu allen Ländern Afrikas der Fall ist.

Gerodete Flächen dienen hier zumeist der direkten pflanzlichen Ernährung der Bevölkerung und dazu, die nationale Ernährungssicherheit zu erreichen. Dabei degradiert das Land zunehmend: Der Boden verliert an Fruchtbarkeit, weil die meisten kleinbäuerlichen Betriebe zu arm sind, um die entzogenen Nährstoffe ausreichend zurückzuerstatten. Diese Unterdüngung führt zu stagnierenden Erträgen und zieht steigende Flächenumwandlungen nach sich.

Zum anderen geschehen Flächenrodungen in großem Stil aber auch in Agrarexportländern wie zum Beispiel Brasilien. Bekanntermaßen fallen dort Regenwaldflächen mit hoher Biodiversität dem Anbau von Fut-

terpflanzen, insbesondere Soja, zum Opfer. Ziel ist häufig der Export nach Europa und in andere Industrieländer, wo Soja zumeist als Futter in der Tierhaltung verwendet wird.

Diese Praxis ermöglicht immer mehr Menschen eine Ernährung, die stark auf tierischen Produkten beruht. Ausgehend von den Industrieländern, hat sich dieser Ernährungsstil durch Fernwirkung (Telecoupling) in die städtischen Regionen der gesamten Welt verbreitet. Das hat mit dazu beigetragen, dass heute etwa 2 Milliarden Menschen übergewichtig sind. In Deutschland, dem „Schweineexport-Weltmeister“, werden heute mehr als 60 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen für den Futtermittelanbau und die Tierhaltung genutzt. Würden stattdessen Getreide und auch Soja wieder vermehrt direkt verzehrt, könnte man große Flächen dem Erhalt der Biodiversität widmen.

ZERSTÖRUNG DER AGRO-BIODIVERSITÄT

Unsere gegenwärtige Landwirtschaft zerstört aber nicht nur die Biodiversität naturbelassener Flächen, sondern auch die Artenvielfalt auf den Ackerflächen selbst. Gemeint sind beispielsweise zahlreiche Begleitkräuter und -gräser, aber auch Insekten wie Bienen und andere Bestäuber sowie das Bodenleben, das aus mannigfaltigen Kleintieren und Mikroorganismen besteht. In den Industrieländern ist für die Zerstörung die chemikalienbasierte industrielle Landwirtschaft verantwortlich. Sie setzt auf enge Fruchtfolgen, große Mengen Düngemittel und Gülle sowie den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat, um die assoziierte Flora und Fauna zu bekämpfen und alleine die Kulturpflanze zu fördern.

Chemikalienrückstände und Überdüngung zerstören aber nicht nur die Mannigfaltigkeit auf dem Acker und im Boden. Darüber hinaus kontaminieren sie die Umgebung. Diese sogenannte Abdrift kann kilometerweite Auswirkungen haben. Wo Landwirte zu viel düngen, gelangt zudem häufig Nitrat ins Grundwasser, in Flüsse und dann in die Meere und senkt ebenfalls die Biodiversität in den Gewässern. Die industrielle Landwirtschaft weist also hohe Ineffizienzen und Leckagen auf: Zum einen durch die Veredlung über das Tier, zum anderen durch die Überdüngung und den Pestizideinsatz, und dies bedroht nicht nur die Agrarbiobiodiversität, sondern auch die Ar-

tenvielfalt benachbarter Landschaften und Gewässer.

Auf der anderen Seite wäre es jedoch falsch zu glauben, dass eine Landwirtschaft mit besonders wenig Input automatisch in eine sehr viel höhere Agro-Biodiversität mündete. Wenn Landwirte die entzogenen Nährstoffe nicht ausreichend mit Biomasse, Tierdung oder Mineraldünger ersetzen, kommt es zur oben erwähnten Unterdüngung, und der Boden wird ausgelaugt. In der Folge verarmt das Bodenleben, und die Vielfalt wird stark dezimiert, bis schließlich nur noch schwer bekämpfbare Wurzelunkräuter

Selbstreinigungskraft der Gewässer, um nur wenige Beispiele zu nennen. Ohne all diese Leistungen wäre Landwirtschaft gar nicht möglich. Sie in ihrer Gesamtheit durch Technologien zu ersetzen wäre ebenfalls unmöglich oder jedenfalls extrem kostenintensiv.

Bis zum heutigen Tag finden diese auf Artenvielfalt basierenden Ökosystemleistungen viel zu wenig Beachtung – vermutlich, weil sie weitgehend geräuschlos und ohne unser Zutun ablaufen und weil sie kostenlos zu haben sind. Langsam erst beginnen wir, ihr Nachlassen überhaupt wahrzunehmen und zu problematisieren.



Die industrielle Landwirtschaft zerstört die Biodiversität mit zu viel Dünger, Pestiziden und einer Massentierhaltung, die für ihre Futterpflanzen riesige Anbauflächen verbraucht.

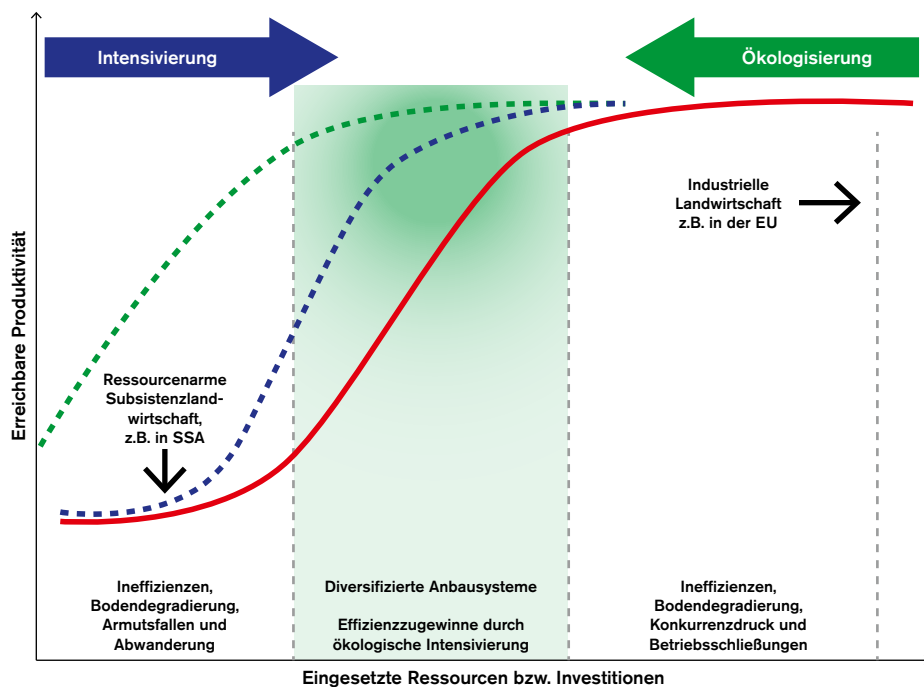
übrig bleiben. Da ausgelaugte Böden leichter erodieren, wird zudem restliches organisches Material leicht abgeschwemmt oder verweht. Das wiederum macht neue Rodungen nötig. Der vernichtende Kreislauf geht weiter.

ARTENSTERBEN AUFHALTEN

Ein Stück näher zu einer Lösung kommt man, wenn man sich vergegenwärtigt, dass eine hohe Biodiversität neben ihrem Eigenwert auch vielfältige Ökosystemleistungen für den Menschen erbringt. Von diesen Leistungen hängen nicht nur die Bestäubung und der Nährstoffkreislauf (Metabolismus) ab, sondern auch die Räuber-Beute-Beziehungen, die Humusbildung und die

Sich den Wert dieser Leistungen bewusst zu machen ist daher der erste Schritt, um sie zu erhalten. Dies ist unsere Aufgabe.

Um das Massenaussterben der Biodiversität natürlicher Ökosysteme und der Agro-Biodiversität zu stoppen, braucht es eine globale Landwende. Wir müssen sowohl die natürlichen Ökosysteme erhalten als auch die landwirtschaftlich genutzten Flächen diversifizieren. Auf landwirtschaftlichen Flächen bedeutet dies, statt auf Monokultur auf eine größere Vielfalt an Kulturen zu setzen. Gleichzeitig bleibt das Ziel eines hohen, wenn auch nicht maximalen Ertrages bestehen, um neue Flächenumwandlungen zu minimieren und damit Land für natürliche Ökosysteme zu reservieren.



Weder eine zu ressourcenarme (links) noch eine zu intensive (rechts) Landwirtschaft sind ökologisch. Erstere muss intensiviert werden, etwa mittels besserer Düngung, um in den wünschenswerten grünen Bereich (Mitte) zu gelangen. Die industrielle Landwirtschaft sollte dagegen weniger auf Pestizide setzen und Nitratüberschuss vermeiden.

Dies ist nur möglich, wenn wir verstärkt auf Mehrnutzungsstrategien in der Landwirtschaft und allen anderen Landnutzungen setzen: So kann Wald mit landwirtschaftlichen Flächen verbunden werden, wenn agroforstwirtschaftliche Nutzung beides integriert. Schutzflächen lassen sich ausweiten, wenn sie mit bestimmten landwirtschaftlichen Nutzungen einhergehen. Selbst in wiedervernässten Mooren lassen sich Nutzpflanzen anbauen (Paludikultur). Solcher multifunktionaler Nutzung gehört die Zukunft.

INEFFIZIENZEN WELTWEIT STOPPEN

Auf der anderen Seite müssten auch die Ineffizienzen in ertragsarmen Regionen – wie den Ländern Subsahara-Afrikas – gestoppt werden, etwa durch eine systematische Verschränkung bedarfsorientierter Mineraldüngung mit organischen Maßnahmen. Dafür braucht es finanzielle und fachliche Unterstützung der Bauern und Bäuerinnen. Neben dem Haupteffekt, dass hierdurch Ertragssteigerungen realisiert würden, bewirken diese Maßnahmen gleichzeitig eine Steigerung von sowohl Bio- als auch Agro-Biodiversität: Neue Flächenumwandlungen

würden unnötig, und die Begleitvegetation auf den Äckern würde gleichzeitig üppiger. Die Ineffizienzen in Industrieländern können demgegenüber durch Reduzierung des Chemikalieneinsatzes gestoppt werden (siehe Grafik).

Last, but not least ist es jedoch auch angebracht, in Ländern mit industrieller Landwirtschaft die Art der Landnutzung selbst in Frage zu stellen. Es ist an der Zeit, den Anbau stärker auf die direkte menschliche Ernährung auszurichten und weniger stark auf die von Tieren, in Deutschland etwa von Schweinen. Denn würden die Flächen nicht mehr im Übermaß für den Futterbau verwendet, dann wären gleich mehrere Probleme gelöst: Das Land würde nicht mehr durch zu viel Gülle degradiert, und der Mensch würde sich gesünder ernähren, wenn zum Beispiel Fleisch dann teurer wäre. Als positiver „Nebeneffekt“ könnten zudem größere Flächen für den Biodiversitäts- und den Klimaschutz zur Verfügung stehen.

VON AGRAR- ZUR ÖKOSYSTEMPOLITIK

Um das bestehende Ungleichgewicht in der Landnutzung aufzuheben, braucht es das

richtige politische Rahmenkonzept. Eine Möglichkeit ist die Weiterentwicklung bestehender Agrarpolitik – etwa der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU oder von Subventionsprogrammen (Input Subsidy Programs – ISP) afrikanischer Staaten – hin zu einer Gemeinsamen Ökosystempolitik (GÖP). Eine solche Politik kann Landnutzung übergreifend betrachten und Mehrgewinne erzielen, indem sie nicht nur landwirtschaftliche Nutzungen neu kombiniert, sondern darüber hinaus auch unterschiedliche Landnutzungen. Insbesondere gilt es Ökosystemleistungen intensiver zu nutzen, um die nötigen Effizienzgewinne zu erzielen.

Um das Trilemma der Landnutzung zu überwinden, brauchen wir also übergreifende Strategien, die Synergieeffekte erzielen. Diese benötigen einen gemeinsamen Rahmen, der mithilfe unterschiedlicher Stakeholder durch einen sogenannten integrierten Landschaftsansatz gelingen kann. Das bedeutet, dass man innerhalb einer Landschaft – also einer begrenzten räumlichen und kulturellen Region – Lösungen für dortige widerstreitende Interessen beim Umgang mit Land aushandelt und so hilft, soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele zu vereinbaren.

Um Fernwirkungen über Kontinente hinweg – etwa die Regenwaldrodung im Süden für die Tierhaltung im Norden – ebenso zu minimieren wie Verteilungskonflikte zwischen Land und Stadt, ist zusätzlich eine neue Solidarität zwischen den Menschen an unterschiedlichen Orten gefragt. Dies erfordert einen umfassenden Bewusstseinswandel. Fangen wir damit an!

LITERATUR

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, 2020: Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration. Berlin, WBGU.



SUSANNE NEUBERT
ist promovierte
Agrarökonomin und Ökologin
und Direktorin des Seminars
für Ländliche Entwicklung der

Humboldt-Universität zu Berlin. Sie ist Mitautorin des oben genannten Gutachtens.
susanne.neubert@agrar.hu-berlin.de



Die Ölpest von 2020 verschmutzte die Küste von Mauritius und den Blue Bay Marine Park.

MEERESÖKOLOGIE

Mehr als ein Schlagwort

Die Menschheit ist von den Ressourcen des Meeres abhängig und muss diese so nutzen, dass das auch späteren Generationen noch möglich ist. Ein wichtiger Begriff ist hierbei „Blue economy“ (blaue Wirtschaft), der auch afrikanische Regierungen interessiert.

Von Wanjohi Kabukuru

Als die Welt 2008 mit der Finanzkrise rang, leitete der damalige Präsident der Seychellen James Michel weitreichende Strukturreformen ein, um die Inselgruppe wirtschaftlich neu aufzustellen. Sein Gedanke war, dass die Meere als Basis einer nachhaltigen Wirtschaft eine achtsame Umweltpolitik brauchen. Die Seychellen wurden schnell zum internationalen Vorreiter, der das Thema Meeresgesundheit auf die globale Agenda brachte.

Bei dem Begriff Blue economy geht es um Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit. Die Menschheit braucht maritime Ressourcen. Also müssen diese so genutzt werden, dass sie auch langfristig verfügbar sind. Die Grundsätze der „blauen Wirtschaft“ betreffen viele Branchen – darunter Fischerei, Schifffahrt, Tourismus und Bergbau.

Blue economy ist eng mit Klimaschutz verbunden. Die globale Erwärmung führt

zur Übersäuerung der Meere und Korallenbleiche. Zugleich sind die Ozeane „die größte Kohlenstoffsенke der Welt“, wie der ehemalige Staatschef der Seychellen betont. Er leitet inzwischen eine nach ihm benannte Denkfabrik, die James Michel-Stiftung. Diese fördert die Prinzipien der Blue economy.

TOXISCHE VERSCHMUTZUNG

Es muss viel geschehen. Durch Verschmutzung werden die Meere vergiftet; dabei sind Plastikmüll und Mikroplastik am schlimmsten (siehe Sabine Balk im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2021/03). Auch Schiffsunfälle, bei denen Ölteppiche entstehen, sind gravierend. Mitte 2020 etwa rammte das japanische Frachtschiff Wakashio ein Korallenriff vor Mauritius. Das auslaufende Öl zerstörte die Meeresfauna rund um den Blue Bay Marine Park.

Für ökologisch gesunde Meere braucht es stärkere Regulierung, die konsequent überwacht und strikt durchgesetzt wird. Die James Michel-Stiftung und andere Expertenorganisationen verweisen darauf, dass die Meere durch Überfischung, illegalen Sandabbau und umweltschädlichen Bergbau geplündert werden. „Das Meer wurde eher missbraucht als genutzt“, sagt Michel.

Seiner Meinung nach hat die Menschheit der Nutzung des Landes mehr Aufmerksamkeit gewidmet als der Nutzung der Meere. „Das Meer ist erheblich größer und weitgehend unerforscht“, sagt er.

Schutzgebiete sind enorm wichtig. Die Partnership for the Interdisciplinary Studies of Coastal Oceans (PISCO), die von Wissenschaftlern von Universitäten an der Westküste der USA geleitet wird, hat Studien über 150 Meeresschutzgebiete in aller Welt durchgeführt. Die Wissenschaftler fanden heraus, dass die Biodiversität dort, wo es vollen Schutz gab, um 21 Prozent anstieg. Biomasse nahm sogar um 446 Prozent zu. Leider hat die internationale Gemeinschaft nicht so viele Schutzgebiete geschaffen wie vereinbart (siehe Kasten nächste Seite).

Die Staaten müssen ihren Pflichten nachkommen, und das nicht nur im Hinblick auf den Naturschutz. Die Blue economy ist für die gesamte Menschheit lebenswichtig – ein Scheitern kommt nicht in Frage. International engagieren sich zivilgesellschaftliche Organisationen. Tom Dillon von den US-Pew Charitable Trusts sagt: „Durch unseren gemeinsamen Einsatz schaffen wir gesunde Meere, die dem Klimawandel besser widerstehen und Natur und Mensch Nutzen bringen.“ Pew gehört zur Blue Nature Alliance, die mit Partnern weltweit zusammenarbeitet.

Der wohl prominenteste Befürworter der Blue economy ist Papst Franziskus. Seine weithin anerkannte „Laudato si“ zum Umweltschutz besagt: „Das zunehmende Problem mit dem maritimen Müll und der Schutz der offenen Meere sind eine besondere Herausforderung.“ Der Papst rief zu einer „Vereinbarung über Governance-Systeme für das gesamte Spektrum sogenannter globaler Gemeingüter“ auf.

Einige afrikanische Regierungen folgen dem Beispiel der Seychellen. 2018 veranstaltete Kenia einen globalen Gipfel für eine nachhaltige blaue Wirtschaft. Kurz darauf startete die Afrikanische Union ihre African-Blue-Economy-Strategie. Sie errechnete, dass bis 2030 die vom Meer abhängigen Wirtschaftszweige in Afrika Einnahmen von über 405 Milliarden Dollar erwirtschaften und etwa 57 Millionen Menschen beschäftigen werden. Bis 2063 soll die Wertschöpfung auf 576 Milliarden Dollar steigen, und es soll 78 Millionen Jobs geben.

Allein wirtschaftlich sind die Herausforderungen enorm. Laut der UN Kon-

ferenz für Handel und Entwicklung (UN Conference on Trade and Development – UNCTAD), werden mehr als vier Fünftel des Welthandelsvolumens auf dem Seeweg befördert, aber unter den 35 größten Schiffs-eigner-Nationen ist kein afrikanisches Land. Gerade mal vier Prozent des weltweiten Containerhandels finden an afrikanischen Häfen statt. UNCTAD warnt, weder die Schifffahrt des Kontinents noch seine Häfen entsprächen verlässlichen „globalen Trends und Standards“.

Auch die afrikanische Tourismuswirtschaft hinkt hinterher. 2019, im letzten Jahr bevor der Sektor durch die Corona-Pandemie massiv beeinträchtigt wurde, waren weltweit 1,5 Milliarden Touristen grenzübergreifend unterwegs. Wie von der Weltorganisation für Tourismus erhobene Daten zeigen, kamen nur fünf Prozent von diesen nach Afrika. Strände sind wichtige Anziehungspunkte – aber dieser Bereich ist in Afrika völlig unterentwickelt.

Zudem ist Überfischung ein Problem. Es dezimiert nicht nur die Artenvielfalt einzelner Spezies, sondern die Fülle des Meereslebens allgemein. Große Fischerboote reicher Länder erschöpfen – bisweilen illegal – in industriellem Maßstab Bestände, von denen kleine afrikanische Fischer-Gemeinschaften abhängen. Weiteren Schaden verursachen Ölbohrungen und Bergbau



Der damalige Präsident der Seychellen, James Michel, 2015 mit Papst Franziskus in Rom.

(siehe Nnimmo Bassey im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2017/04).

Afrikanische Regierungen haben die große Aufgabe, alle betroffenen Branchen so zu entwickeln, dass der Wohlstand wächst, aber die Meere und das Leben, das sie beinhalten, nicht weiter geschädigt werden. Afrika hat Wachstum und Entwicklung

verdient. Die Menschen sind vergleichsweise arm, die Bevölkerung wächst und ihre Ökonomien haben wenig zu den globalen Umweltschäden beigetragen.

Jüngst startete die James Michel-Stiftung die Big-Blue-Wall-Initiative, um zehn Nationen im westlichen Indischen Ozean zu gemeinsamer Aktion zu bewegen. Die International Union for Conservation and Nature (IUCN) befürwortete die Initiative im September 2021 auf ihrem Weltgipfel in Marseille. Die Zielsetzung ist:

- eine regenerative Blue economy zu schaffen, von der 70 Millionen Menschen in der Region profitieren und
- Biodiversität entlang der Küsten und im Meer zu schützen und wiederherzustellen.

„Blaue Wirtschaft“ ist mehr als ein originelles Schlagwort für Konferenzen und hochkarätige Berichte. „Sie wird sich weiterentwickeln“, sagt Ex-Präsident Michel. „Dafür werden wir sorgen. Es ist eine Verpflichtung von uns allen. Die Meere sind unsere Zukunft.“



WANJOHI KABUKURU
ist ein kenianischer Journalist,
der sich auf Umweltfragen
spezialisiert hat.
wkabukuru@gmail.com

Twitter: @WanjohiK

Ziel verfehlt

Die Idee einer umweltfreundlichen nachhaltigen „blauen Wirtschaft“ passt gut in die Reihe internationaler Abkommen. Das 14. UN-Nachhaltigkeits-Entwicklungsziel etwa ist es, „Leben unter Wasser“ zu schützen. Es beinhaltet die Verpflichtung, „Meere und Meeresressourcen zu erhalten und nachhaltig zu nutzen“.

Der Schutz der Vielfalt maritimer Arten ist zudem im UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD) verankert (siehe Sundus

Saleemi auf Seite 20 in dieser Ausgabe). 2010 wurden auf der CBD-Vertragsstaatenkonferenz im japanischen Aichi 20 Ziele verabschiedet. Das 11. Aichi-Biodiversitätsziel war es, bis 2020 „mindestens 17 Prozent der Land- und Binnengewässerflächen und zehn Prozent der Küsten- und Meeresgebiete – vor allem die für biologische Vielfalt und Ökosystemdienste besonders bedeutenden Gebiete“ – zu erhalten. Es wurde nicht erreicht.

Derzeit stehen laut UN World Database of Protected

Areas nur 7,7 Prozent der globalen Meeresfläche unter Schutz. Ein im Auftrag des CBD-Sekretariats erstellter Bericht bestätigt diesen unbefriedigenden Trend.

Die gemeinnützige Washingtoner Organisation Conservation International nennt fünf zentrale Kriterien für erfolgreiche Meeresschutzgebiete:

- komplettes Fischfang-Verbot, um uneingeschränktes Abfischen zu ermöglichen,
- effektive Kontrollen,
- etwa 100 Quadratkilometer große Flächen,
- die Nähe zu anderen Schutzgebieten, weil so Austausch möglich ist,
- langfristiger Schutz, da Biodiversität mit der Zeit zunimmt.

Studien zeigen, dass Schutzgebiete zur Gesundheit der Korallenriffe beitragen und helfen, Fischbestände auch außerhalb der Schutzzonen wieder aufzufüllen.

Die Blue Nature Alliance, ein Dachverband von NGOs und multilateralen Organisationen, fordert den schnellen Schutz von mehr Ozeanfläche und will bis 2025 weitere 18 Millionen Quadratmeter Schutzgebiete errichten. Wichtige Regionen sind unter anderem das Südpolarmeer der Antarktis, die Lau-Seenlandschaft der Fidschi-Inseln sowie die Seychellen und der erweiterte westliche Indische Ozean. WK

ÖKOSYSTEME

Bedrohtes indigenes Volk

Vom Schutz der Umwelt profitieren nicht nur seltene Tier- und Pflanzenarten. Auch indigene Völker sind darauf angewiesen. Ein eindrucksvolles Beispiel sind die Onge, die auf der Insel Little Andaman im Indischen Ozean leben. Ihre Existenz ist gefährdet: Indien will auf ihrem Land eine neue Megastadt bauen.

Von Anup Dutta

Little Andaman ist eine der Inseln der Andamanen und Nikobaren. Der abgeschiedene Archipel gehört zu Indien, obwohl das Festland mehr als 900 Kilometer von der nördlichsten Andamanen-Insel entfernt liegt. Myanmar dagegen ist nur etwa 200 Kilometer weit weg.

Viele tropische Inseln sind Biodiversitäts-Hotspots (siehe Nicolas Zuñel im Schwerpunkt des D+C/E+Z e-Paper 2020/07). Das gilt auch für die Andamanen und Nikobaren. Forstbeamte zählten dort über 2500 Arten von Blütenpflanzen, von denen 223 Arten endemisch sind, das heißt, sie kommen nirgendwo sonst vor. Nach offiziellen Angaben gibt es außerdem 55 Säugetierarten (32 endemisch), 244 Vogelarten (96 endemisch) und 76 Reptilienarten (24 endemisch). Mit 179 Korallenarten haben die

Inseln zudem das vielfältigste Korallenriff Indiens. Viele dieser Arten sind selten und vom Aussterben bedroht.

Historisch war der Archipel von einer großen kulturellen Vielfalt mit verschiedenen indigenen Völkern und Sprachen geprägt. Ihre Kulturen entwickelten sich über viele Jahrhunderte ohne Kontakt zur Außenwelt, aber eng verbunden mit der Natur. Die Lebensweise indigener Gemeinschaften ist typischerweise eng mit Ökosystemen verknüpft, so dass sie vielfach als Hüter des Waldes gelten (siehe Carmen Josse im Schwerpunkt von D+C/E+Z 2019/02). Heute werden die Nachkommen der Andamanen-Kulturen jedoch „besonders gefährdete indigene Gruppen“ (particularly vulnerable tribal groups – PVTGs) genannt (siehe Kasten nächste Seite).

DIE ONGE

Die Onge bilden ein kleines indigenes Volk auf Little Andaman. 2011 hatte es laut Volkszählung nur noch 101 Mitglieder. Dem Gesetz zufolge gehört dieser indigenen Gemeinschaft ein großer Teil der Insel. Sie hat das Recht, dort in Harmonie mit dem Ökosystem zu leben, wie das ihrer seit Jahr-

hunderten überlieferten Lebensweise entspricht.

Am zweiten Weihnachtstag 2004 verwüstete ein Tsunami die Küsten des Indischen Ozeans. Die Katastrophe zeigte, wie gut die Onge ihre Umwelt kennen. Die gewaltige Flut spülte ihre Hütten weg und es wurde befürchtet, sie seien alle umgekommen. Doch jeder einzelne Onge überlebte. Zu ihrem traditionellen Wissen gehört nämlich, dass Menschen landeinwärts fliehen müssen, wenn sich das Meer von der Küste zurückzieht, weil es danach schnell und heftig zurückschlägt.

Wegen der geringen Anzahl der Onge ist das Überleben ihrer Kultur gefährdet. Jüngste Pläne aus der weit entfernten Hauptstadt Neu-Delhi könnten sie ganz verdrängen. Wahrscheinlich würde ihre Umsetzung sogar vielen das Leben kosten.

Zwei neue Megastädte sollen auf Little Andaman und Great Nicobar entstehen. Beide wären Freihandelszonen, die nach Beamtenvorstellungen mit globalen Wirtschaftszentren wie Singapur, Hongkong oder Dubai konkurrieren sollen.

Der Vorschlag für die Megastädte stammt von NITI Aayog, einer einflussreichen Denkfabrik der Regierung. NITI steht für „National Institution for Transforming India“ (Nationale Institution zur Umgestaltung Indiens), und Aayog bedeutet „Kommission“ auf Hindi. Die Planer sehen zudem Chancen für die Entwicklung des Tourismus. Die Inselgruppe liegt in der Nähe von international beliebten Urlaubsorten in Thailand und Malaysia.

NITI Aayog verspricht, dass beide Urbanisierungsprogramme „nachhaltig“ sein werden. Es ist jedoch weder sicher, dass die Wirtschaftstätigkeit überhaupt im großen Stil in Gang kommt, noch, dass sie von Dauer sein wird. Falls doch, sind schwere Umweltschäden unvermeidlich. In jedem Fall werden die Onge einer erheblichen Gefahren ausgesetzt sein.

Die Vision prosperierender neuer Megastädte ist faszinierend. Viele Onge würden gerne in modernen Städten leben und die Vorteile guter Infrastruktur genießen. Allerdings liegen die Andamanen und Nikobaren sehr weit vom indischen Festland entfernt. Die neuen Freihandelszonen könnten also nicht von der Nähe zum riesigen indischen Markt profitieren. Hongkong hingegen ist Teil des dicht besiedelten und hoch-industrialisierten Perlflossdeltas in China,



Ein Mann des Onge-Volkes ruht sich auf einer Hängematte aus.

und Singapur dient als Finanzzentrum für seine Nachbarn Malaysia und Indonesien.

Heute leben nur etwa 17000 Menschen auf Little Andaman. Zuwanderung vom indischen Festland würde die Ökologie der Insel dramatisch verändern. Es müssten nicht einmal Hunderttausende sein. Selbst wenn statt einer Millionenmetropole nur eine neue Großstadt entstünde, würde das die Onge verdrängen.

Den Plänen zufolge würde die städtische Infrastruktur auf Little Andaman etwa 30 Prozent des Gebiets der Onge einnehmen. Außerdem könnten sie leicht Krankheiten erliegen, gegen die sie nicht immun sind.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ALARM

Survival International, eine in London ansässige Menschenrechtsorganisation, schlägt Alarm. Sie besteht darauf, dass das Land der Onge nicht erschlossen werden darf, ohne dass das indigene Volk vorher frei und auf Basis solider Information zugestimmt hat. Die Onge haben das Recht, alle ihr Gebiet betreffenden Pläne zu prüfen und das letzte Wort zu behalten.

Obwohl der neue Ballungsraum offiziell als „nachhaltig“ angepriesen wird, sagt Sophie Grig von Survival International: „Nichts daran sieht besonders nachhaltig aus.“ NITI Aayog's Pläne beinhalten einen internationalen Flughafen, Casinos, Anle-



geplätze für Kreuzfahrtschiffe, einen Freizeitpark, Hotels, Golfplätze und sogar ein Opernhaus.

Am schlimmsten ist, dass die offiziellen Pläne nicht die freie, vorherige und informierte Zustimmung der Onge vorsehen. Den Dokumenten zufolge könnten derzeit geschützte Gebiete des Volkes einfach „abgemeldet“ werden, wodurch die Gemeinschaft ihre Rechte verlieren würde. Im Vorschlag heißt es unverblümt: „Falls notwendig, können die Volksangehörigen auf andere Teile der Insel umgesiedelt werden.“

Nicht alle Beamte sind von den Urbanisierungsplänen überzeugt. Nilanjan Khatua, beim Forschungsinstitut Anthropological Survey of India zuständig für die Andamanen und Nikobaren, sagt, es sollte eine Folgenabschätzung geben, bevor die Pläne umgesetzt werden.

Vivek Rae, der ehemalige Chefsekretär der Zentralregierung für die Andamanen und Nikobaren, ist dagegen von den groß angelegten Stadtentwicklungsplänen begeistert. Er spricht von „strategischen Vorteilen“ und „großem ungenutzten Wirtschaftspotenzial“. In seinen Augen hat Indien die Inseln viel zu lange vernachlässigt.

Tatsächlich wurden die Inseln bisher kaum entwickelt, weil sie so abgeschieden liegen und wenige Inder dort hinziehen wollten. Außerdem gibt es starke seismische Aktivität – allein im September 2021 wurden zwei Erdbeben registriert. Das erste hatte eine Stärke von fast 4 auf der Richterskala, das zweite überschritt die Stärke 5.

Die Andamanen und Nikobaren beherbergen noch immer viele Wildtiere. Während die Ökosysteme bislang überlebt haben, sind indigene Völker, die von ihnen abhängen, bereits verschwunden – oder werden das wahrscheinlich bald sein.

LINK

Survival International / Webseite zu den Onge
<https://www.survivalinternational.de/indigene/onge>



ANUP DUTTA
ist ein indischer Journalist.

Twitter: @duttanup

Drohendes Ende uralter Kulturen

Mehrere indigene Völker sind bereits von den Andamanen und Nikobaren verschwunden. Ihre Sprachen sind für immer verloren.

Da sie früher nie mit der Außenwelt in Kontakt standen, sind diese Gemeinschaften besonders anfällig für Infektionskrankheiten. Unter der Kolonialherrschaft der 1920er und 1930er war die Sterblichkeitsrate hoch. Die Sprachen der Aka-Kols, der Oka-Juwoi und der Aka-Bea sind bereits ausgelöscht. Der Versuch der

Britten, sie in die Gesellschaft einzugliedern, verschlimmerte die Situation. Tausende starben an Infektionskrankheiten. Amtlich ist heute von „besonders gefährdeten indigenen Gruppen“ (particularly vulnerable tribal groups – PVTGs) die Rede.

Die ethnischen Gruppen auf den kleinen Inseln waren nie besonders groß. Heute leben dort rund 400000 Menschen. 1951 waren es gerade einmal 31000, inklusive der Einwohner der größten Stadt

Port Blair. Die Bevölkerung der Inseln wuchs vor allem durch Zuwanderung aus Indien.

Den verbliebenen indigenen Kulturen droht das Ende. Eines der Völker, die Sentinelesen, verweigert jeden Kontakt. Dennoch gab es seit der Unabhängigkeit Indiens 1947 immer wieder Versuche, die PVTGs zu erreichen. Die indische Zentralregierung ist für die Inseln zuständig, die formell ein „Unionsterritorium“ sind und somit keine eigene Staatsregierung haben.

Teilweise ging die Kontaktaufnahme furchtbar schief. In den späten 1990ern gab es unter dem Volk der Jarawa zwei

tödliche Masernausbrüche. Im gleichen Zeitraum bedrohten Geschlechtskrankheiten die größte indigene Gruppe, die Groß-Andamaner. Sie wären beinahe ausgestorben. Gemäß der letzten Volkszählung lebten 2011 nur noch 380 Jarawa – und nur noch 44 Groß-Andamaner.

Im Mai 2020 gab es einen Aufschrei in den Medien, als sich das Coronavirus in einer der Gruppen verbreitete. Auch die Regierung war besorgt. Es kam jedoch nicht so schlimm wie befürchtet, und in den letzten Monaten konnten durch Impfkampagnen viele Mitglieder der PVTGs immunisiert werden.



Der Odzala-Kokoua-Nationalpark in der Republik Kongo könnte bald zu den „Legacy Landscapes“ gehören, die ein neuer Fonds fördert.

TIERWELT

Schutzgebiete besser finanzieren

Die Menschheit ist auf eine vielfältige Natur angewiesen: Wir hängen von ihrer Leistung ab und benötigen sie im Kampf gegen die Klimakrise. Allerdings sind viele wichtige Schutzflächen in Entwicklungsländern unterfinanziert. Die KfW Förderbank will das ändern – mit einem neuen Fonds.

Von Friederike Bauer

In Indien waren Geier über Jahrtausende hinweg eine Art Gesundheitspolizei: Sie fraßen Aas aller Art, auch verendete „heilige“ Kühe, von der Straße. Bis in den Neunzigerjahren das Schmerzmittel Diclofenac in der Tiermedizin populär wurde. Weil es äußerst kostengünstig ist, setzten es schon bald vor allem Milchbauern und Halter von Zug- und Lasttieren ein. Allerdings löst das Mittel bei Geiern Nierenversagen aus – sie starben massenweise. Innerhalb von nur einem Jahrzehnt sank ihr Bestand um mehr als 95 Prozent. Mit gravierenden Folgen: Tote Kühe wurden nicht mehr entsorgt. Und – vielleicht noch schwerwiegender – die Zahl verwilderter Hunde nahm zu, weil sie – anstelle der Geier – nun vermehrt Aas fraßen. Da Hunde auch Menschen beißen, kam es

zu einem deutlichen Anstieg von Tollwutfällen. Der Rückgang der Geierpopulationen hat mithin wahrscheinlich den Tod von 50 000 Menschen verursacht.

Das Beispiel zeigt, welche Folgen schon das Aussterben einer Art mit sich bringen kann. Und es zeigt auch, dass sich dessen Folgen nicht im Vorhinein abschätzen lassen, weil es eine Kettenreaktion auslösen kann. Nun ist das Verschwinden von Arten nicht per se etwas Absonderliches. Tiere und Pflanzen leben in einem sich ständig wandelnden Umfeld. Entweder sie passen sich ausreichend an, oder sie werden von besser angepassten Arten verdrängt. Insofern gehört das Auftauchen und Verschwinden von Arten seit jeher zum Lauf der Natur.

Allerdings bewegt sich die Geschwindigkeit des Verlustes derzeit außerhalb der Norm. Alle elf Minuten geht eine Art verloren. Das ist bis zu hundertmal schneller als in der Zeit, bevor der Mensch die Welt dominierte, und deshalb ein klarer Hinweis darauf, dass er – wie im Falle Indiens und dem Einsatz von Diclofenac – der Verursacher dieses Sterbens ist. Wäre die gesamte Erdschicht ein Tag mit 24 Stunden, dann lebte

die Menschheit erst in den letzten zwei Minuten auf diesem Planeten. Doch schon in dieser kurzen Zeit hat sie bereits drei Viertel der Erde übernutzt.

Nach Angaben des Weltbiodiversitätsrats (Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services – IPBES) ist 1 Million der geschätzten 8 Millionen Spezies auf der Erde derzeit vom Aussterben bedroht. Ob und wie stark jede Art davon gebraucht wird, kann die Wissenschaft noch nicht genau einschätzen. Doch sie weiß, dass Ökosystemfunktionen umso stabiler sind, je mehr Arten sie absichern. Die Fülle wirkt wie eine Art Lebensversicherung. Versagt eine Art, etwa wegen Trockenheit oder Hitze, übernimmt eine andere ihre Funktionen. Entsprechend ist das fortgesetzte Artensterben so, als kündigten wir permanent unsere Lebensversicherung.

EXISTENZGRUNDLAGE

Dabei sind wir alle auf die Leistungen der Natur angewiesen – ob Reich oder Arm, ob auf der Nord- oder Südhalbkugel der Welt ansässig. Wir brauchen Wasser, Luft, Nahrungsmittel, Heilkräuter, Wälder und vieles mehr. Und als Wirtschaftsfaktor ist die Natur ebenfalls unverzichtbar (siehe Katja Dombrowski in Monitor von D+C/E+Z e-Paper 2021/04). So generiert sie jedes Jahr rund 350 Milliarden US-Dollar an Leistungen allein aus der Fischerei – ein Großteil davon leider nicht nachhaltig – und in Afrika

rund 29 Milliarden Dollar aus naturnahem Tourismus, sofern nicht gerade Covid-19 grassiert. Auch 80 Prozent der Nachhaltigkeitsziele kann die Weltgemeinschaft Berechnungen zufolge nicht erreichen, wenn das Artensterben so weitergeht.

Zu den Haupttreibern des Biodiversitätsverlustes gehören neben der Übernutzung natürlicher Ressourcen auch eine geänderte Landnutzung, hauptsächlich durch die sich ständig ausweitende Landwirtschaft (siehe Seite 25 dieses e-Papers). Auch der Klimawandel zählt dazu, da zahlreiche Arten höhere Temperaturen nicht überleben. Umgekehrt heizt der Verlust an Biodiversität auch den Klimawandel an, weil Wälder, Moore und Böden natürliche Kohlenstoffspeicher sind, die einen effektiven Beitrag zur Minderung von Kohlendioxid in der Atmosphäre leisten. Deshalb ist es entscheidend, sie nicht weiter zu dezimieren, trockenzulegen oder wegzuspülen. Zumal solche natürlichen Vorgänge für das Vermindern von CO₂ auch deutlich günstiger und in den Folgen abschätzbarer sind als teure technische Lösungen wie Geoengineering. Klimawandel und Biodiversität hängen also sehr eng zusammen; das eine ist ohne das andere nicht in den Griff zu bekommen. Deshalb liegt ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz im Erhalt von Biodiversität.

Als wesentliche Methode, um biologische Vielfalt zu sichern, gelten gut verwaltete Schutzgebiete – vorausgesetzt, sie beziehen die lokale Bevölkerung eng mitein. Wo das nicht geschieht, kann Naturschutz

nicht funktionieren, das haben die vergangenen Jahrzehnte gezeigt. Derzeit stehen allerdings, trotz anderslautender internationaler Ziele, erst rund 16 Prozent der Landfläche und etwa 8 Prozent der Meere unter Schutz, mithin deutlich weniger als die von der Wissenschaft empfohlenen 30 Prozent (siehe Wanjohi Kabukuru auf Seite 28 in dieser Ausgabe).

ENTWICKLUNGSLÄNDER BRAUCHEN GELD

Und die Schutzgebiete, die es gibt, arbeiten oft nicht wirksam genug. Das hat einen einfachen, aber schwerwiegenden Grund: 80 Prozent aller Arten konzentrieren sich auf etwa zwanzig Prozent der Erdoberfläche. Davon liegt der größte Teil in Entwicklungsländern, also dort, wo es häufig an Geld fehlt, um Schutzgebiete effektiv und im Einklang mit der lokalen Bevölkerung zu verwalten. Zumal jetzt in Corona-Zeiten, da arme Länder ganz besonders mit den verheerenden Folgen der Pandemie zu kämpfen haben.

Dazu kommt, dass der überwiegende Teil der internationalen Finanzmittel für Schutzgebiete in die reicheren Länder fließt. Entwicklungsländer erhalten nur 19 Prozent davon, obwohl sie die meisten Biodiversitäts-Hotspots beherbergen. Dadurch werden in vielen Staaten erhebliche Flächen nicht geschützt, obwohl sie als Schutzgebiete ausgewiesen sind. Man spricht dann von sogenannten „Paper Parks“, die nur auf dem Papier existieren, aber nicht erfül-

len, wofür sie eigentlich gedacht sind. Nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sind allein in Subsahara-Afrika von 282 untersuchten Schutzgebieten rund 90 Prozent unterfinanziert. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, hat die KfW Entwicklungsbank im Auftrag des BMZ ein neues Finanzierungsinstrument entwickelt, den „Legacy Landscapes Fund“ (LLF) (siehe Kasten unten).

Flankierend zu mehr Mitteln für Biodiversität ist zudem ein Bekenntnis der Staatengemeinschaft nötig, 30 Prozent der Erdoberfläche an Land und im Meer bis 2030 unter Schutz zu stellen, wie der scheidende Bundesentwicklungsminister Gerd Müller und die LLF-Direktorin Stefanie Lang betonen. In einem Gastkommentar im Handelsblatt forderten sie einen neuen „Paris-Moment“ für Biodiversität, wie ihn die Klimapolitik 2015 in der französischen Hauptstadt erlebt hat. Eine günstige Gelegenheit dafür böte die Biodiversitätskonferenz im chinesischen Kunming, die ab April 2022 in die entscheidende Phase geht.



FRIEDERIKE BAUER
arbeitet als freie Journalistin,
Texterin und Redenschreiberin, hauptsächlich auf dem
Gebiet der Außen- und

Entwicklungspolitik. Sie schreibt für verschiedene Medien und Auftraggeber, darunter auch für die KfW.

info@friederikebauer.de

Neuer Fonds für Schutzgebiete

Um dem Kreislauf aus höheren Temperaturen, schwindender Artenvielfalt und der Gefahr von Krankheiten – manche sprechen von einer „Triple-Krise“ – entgegenzuwirken, hat die KfW Entwicklungsbank im Auftrag des BMZ vor einigen Monaten ein neues Finanzierungsinstrument namens „Legacy Landscapes Fund“ (LLF) gegründet. Die Idee hinter diesem „Naturerbe-Fonds“, wie er

auf Deutsch heißt: Wenn es gelingt, möglichst viele Arten in den biodiversitätsreichen, aber einkommensarmen Gegenden dieser Welt zu bewahren, dann lässt sich ein guter Teil der überlebenswichtigen Biodiversität für die gesamte Menschheit sichern.

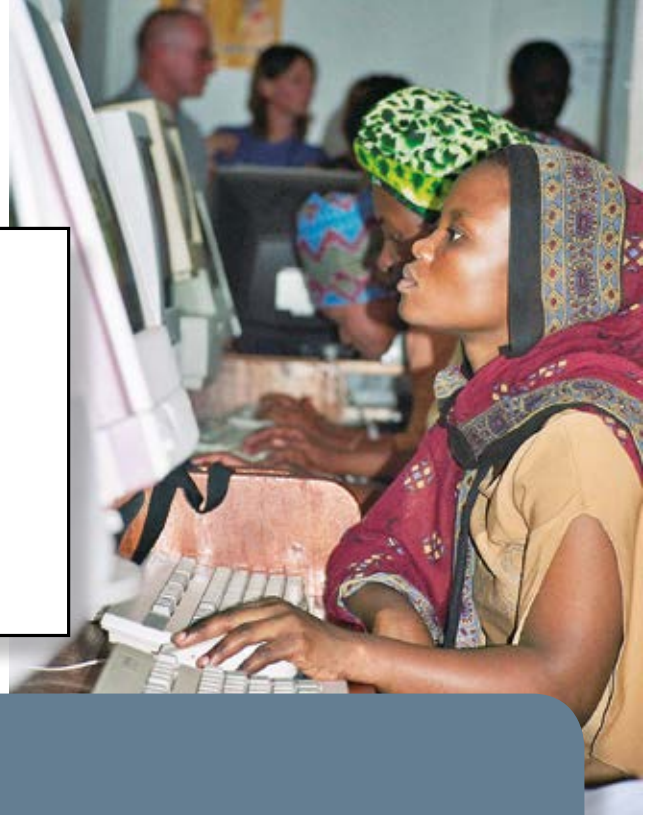
Ziel des LLF ist es, mindestens 30 der wichtigsten Schutzgebiete weltweit mit jeweils 1 Million US-Dollar pro

Jahr zu fördern. Diese Summe fehlt derzeit meist, um die Parks am Laufen zu halten. Die Gebiete, die ab demnächst finanzielle Unterstützung erhalten sollen, decken mehr als 60 000 Quadratkilometer ab. Das entspricht einer Fläche doppelt so groß wie Belgien. Sie kann weiter wachsen, wenn der Fonds mehr Gelder anzieht.

Das Besondere am LLF ist seine Struktur und Zusammensetzung: Es handelt sich zwar um eine Stiftung nach deutschem Recht, aber ihr können

sich öffentliche und private Geber aus aller Welt anschließen. Daraus soll eine große internationale Stiftung mit maximaler Reichweite werden. Mit von der Partie sind bereits die Gordon and Betty Moore Foundation, die Rob & Melanie Walton Foundation, die Arcadia Foundation und The Wyss Foundation. Laut der Direktorin des Fonds, Stefanie Lang, werden derzeit Gespräche mit zahlreichen anderen Gebern geführt, auch aus den Reihen großer Unternehmen. „Es gibt zahlreiche Interessenten“, sagt sie. FB

**Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu**



◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

[Über E+Z](#) [Startseite](#) [Newsletter](#) [E+Z abonnieren](#) [Impressum](#) [English](#)

[DOSSIER](#) [THEMENFELDER](#) [WELTREGIONEN](#) [RUBRIKEN](#) [AUTOREN](#) [ARCHIV](#) [BLOG](#)

Suche

LANDLEBEN

Bauern besser über Ökosysteme aufklären



Aktuelles e-Paper



27.10.2021 – von Jörg Söderström
**Zerstörung der Ökosysteme
aufhalten**



18.10.2021 – von Jörg Söderström
**Industrieländer müssen beim
Klimagipfel in Glasgow liefern**

Aktuelle Blog-Beiträge

- IMF executive board re-endorses Georgiyev
- Humankind cannot afford a new Cold War on our heating planet

Folgen Sie uns

